Nr. 32 — Halle a. S., Dienstag den 7. Februar 1905. — 16. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht berichbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei- u. Gewerkschafts-Versammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Zur redaktionellen Zeile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. — Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Wie die Junker die Regierung nasführen.

Ein Schauspiel für Götter entwickelt sich zur Zeit vor den Augen des arbeitenden Volkes. Den Grubenprotzen vermag die Regierung nicht den Daumen aufs Auge zu setzen. Die „starke", „mächtige" Regierung, die in der Welt voran sein will, ohne deren Zwischenspringen kein großes Ereignis auf dem Erdenball sich soll abspielen dürfen, muß sich vor den Kohlenbaronen ducken. Und als Graf Posadowsky, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, vorigen Mittwoch der Wahrheit die Ehre gab, als er vor aller Welt verkündete, die den Streikenden im Ruhrgebiet nachgeredeten Ausschreitungen seien entweder frei erfunden oder ganz ungebührlich aufgebauscht, da waren die Grubenbesitzer keck genug, ihn durch ein Entrüstungs-Telegramm zu dementieren. Das wäre eine schöne Regierung, die nicht nach der Pfeife des Kapitals tanzen wollte! Das Kapital ist die Regierung. Und Minister, die nicht wollen, wie das Kapital will, sind Schädlinge, verkennen ihre Aufgabe, den Zweck ihres Daseins und müssen gestürzt werden.

Und wie das mobile Industriekapital, so denkt das immobile Agrarkapital. Wie die Thyssen und Stinnes auf Wünsche und Vorschläge der Regierung pfeifen, so wissen die agrarischen Junker die Regierung zu nasführen.

Seit Jahren haben die Junker im preußischen Landtage die Erledigung der Kanalfrage zu verschleppen verstanden. Nicht eher wollten sie die Entscheidung treffen, als bis der Zollraub ihnen gesichert ist. Dieselben Leute, welche im Reichstage Zetermordio schreien, wenn die Sozialdemokratie wichtige Fragen ihrer Bedeutung entsprechend eingehend verhandelt, dieselben Leute, die dann über Zeitverschwendung klagen, haben es fertig gebracht, die Kanalvorlage von einer Session zur anderen, von einer Legislaturperiode zur anderen hinauszuziehen. Wenn die Sozialdemokratie Zweifel setzt in halbe Versprechungen der Regierung, dann spielen die Junker die sittlich Entrüsteten. Sie selbst aber trauen den bündigsten Zusicherungen der Regierung nicht über den Weg. Erst den Zollraub her, dann — vielleicht — den Kanal!

Den Brotwucher haben die Edelsten der Nation nach allen Regeln der Kunst beschleunigt, den Kanalbau nach allen Regeln der Kunst hintertrieben. Dort möglichst viel herauszuschlagen, da möglichst wenig, am liebsten gar nichts zuzugestehen, immer aber für den Zollhandel den Erpresserrevolver der Kanalabstimmung in der Hand zu behalten, das ist den Junkern in einer Weise gelungen, daß man ihr Raffinement bei diesem Gaukel- und Schaukelspiel fast bewundern könnte.

Jetzt aber wird die Sache kritisch. Handelsverträge und Kanaldebatte laufen auf den Gleisen des Reichstags und des Landtags genau in gleicher Linie. Darum gilt es jetzt den Junkern, mit aller Macht Dampf hinter die Handelsverträge zu machen und ihrer Verabschiedung jenen Vorsprung zu sichern, der für das Gelingen der junkerlichen Doppeltaktik notwendig ist. Zu diesem Zwecke haben die Junker sogar einen Beschluß des Seniorenkonvents im Reichstage über den Haufen geworfen. Vorigen Freitag hatte der Seniorenkonvent vereinbart, die Handelsverträge sollten kommenden Donnerstag vor das Plenum des Reichstags gelangen, und ihrer ersten Besprechung zur Ueberweisung an eine Kommission sollten mehrere Tage gewidmet sein. Plötzlich heißt es: Rechtsum kehrt! Die Handelsverträge sollen schon am morgenden Dienstag vor den Reichstag kommen, und die Kommissionsberatung soll fallen gelassen werden.

Noch ehe das umfangreiche Werk auch nur einigermaßen zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangen konnte, noch ehe die Abgeordneten auch nur die bloße physische Möglichkeit hatten, die dicken Bände flüchtig zu überschlagen, soll die Entscheidung fallen. Auch in die Oeffentlichkeit konnten bisher nur flüchtige Umrisse über die tiefeinschneidende Vorlage dringen. Hilft alles nichts! Der Junker fordert, da muß die Regierung, da muß der „über den Parteien stehende" Präsident Graf Ballestrem — selbst ein Junker — parieren. Wozu auch eine nur einigermaßen eingehende Beratung? Die Kreuzzeitung, das Junkerorgan, ist mit den Handelsverträgen zufrieden — das muß dem Plebs genügen.

Wird aber dann, wenn der neue Gewaltstreich im Reichstage gelingen sollte, die Regierung ihren Kanal haben? Noch lange nicht! Die Junker verkehren sich aufs Nasführen. Sie haben bereits jetzt die Kanalvorlage in einer Weise verstümmelt und mit Schleppmonopol und verfassungswidrigen Schiffsabgaben bepackt, daß die Vorlage schon für ihre Freunde fast unannehmbar geworden ist. Die Sozialdemokratie ist anfangs für die Kanalvorlage der Regierung als für ein bedeutsames Kulturwerk eingetreten. Säßen unsere Parteigenossen im preußischen Landtage, so müßten sie heute gegen die verstümmelte Kanalvorlage stimmen. Die Junker verstehen ihr Handwerk! Hat doch die Deutsche Tageszeitung, das agrarische Hauptorgan, mit sattem Spott von der „denaturierten Kanalvorlage" gesprochen, also von einer Vorlage, die ihrer ursprünglichen Natur entkleidet und in einen Zustand gebracht worden ist, der den geplanten Gebrauch verhindert.

Es wird ein neuer Beweis für die politische Verständnislosigkeit des Freisinns sein, wenn er trotzdem noch für die Kanalvorlage stimmt. Daß ein Teil der Rechten sich jetzt kanalfreundlich stellt, ist ein schlaues Manöver; denn diese verunstaltete Kanalvorlage könnte bei ihrer Ausführung den Junkern keinen Schaden bringen. Außerdem sind die Aussichten auf Annahme des verbliebenen Stumpfes schlechter als je.

Je mehr die konservative Partei und mit ihr die Junkersippe im Volke an Boden verliert, desto skrupelloser nützt sie ihre parlamentarische Macht zum Schaden des Volkes aus. Das liberale Bürgertum steht völlig unter der junkerlichen Fuchtel, und die Regierung wird, wenn sie einmal Spuren von Selbständigkeit zeigen will, von den Junkern zum Gaudium der Welt genasführt. Nur einen ernsten Gegner hat das junkerliche Agrarkapital wie das bürgerliche Industriekapital: Die proletarische Demokratie. Sie läßt sich nicht nasführen. Und was der Regierung nicht gelingt, wird der proletarischen Demokratie gelingen: die Befreiung des Landes von einem Geldsacksregiment, das mehr und mehr alle Ansätze zu wirklicher Kultur vergiftet und erdrückt.

Die Lage in Rußland.

Die Ausstandsbewegung in Petersburg hat nach den famosen Arbeiterdeputations-Komödien wieder zugenommen. Laffans Bureau meldet darüber:

Die Arbeiterbewegung nimmt wieder schärfere Formen an. Die Arbeiter sind erbittert darüber, daß die Regierung die nach Zarskoje Selo geführte Arbeiter-Abordnung als Vertretung der Arbeiterschaft bezeichnet. Sie bleiben dabei, daß die Abordnung aus Regierungs-Aufsehern bestand. Die Arbeiter in der Fabrik von Leßner, die Torpedo-Lanzierrohre herstellt, rissen den Anschlag mit der Rede des Zaren an die Arbeiter-Abordnung von den Wänden der Fabrikräume, wobei sie riefen: „Es ist falsch, daß die Arbeiter gegangen sind, ihn zu sehen!" Dann legten sie die Arbeit wieder nieder. General Trepow ließ den Fabrikbesitzer Leßner zu sich kommen und erklärte ihm, die Arbeiter dürften nicht wieder eingestellt werden. Leßner sagte darauf, die Arbeiter seien Spezialisten, die zu ersetzen unmöglich sei, und seien bei bringenden Arbeiten für die Kriegsmarine beschäftigt. Trepow blieb jedoch bei seiner Verordnung. Darauf begab sich der Kriegsminister nachmittags nach Zarskoje Selo zum Zaren, um ihm die Sache vorzutragen. Der Zar war empört über das Herabreißen seiner Rede.

Auch in Moskau hält die Ausstandsbewegung an. So sind am Freitag die Angestellten der Trambahnen und der Omnibusse in den Ausstand getreten.

Die Petersburger Unternehmer und die Polizeidiktatur arbeiten Hand in Hand. Die Fabrikanten beschlossen, die Entscheidung über alle Forderungen der Arbeiter der Regierung zu überlassen, die Arbeiter für das willkürliche Feiern nicht zu bestrafen (wie gnädig), die Familien der Opfer des 22. Januar zu unterstützen, die Löhne für die versäumten Tage

2220 000 Mk. werden wöchentlich zur Unterstützung der Streikenden gebraucht.

29 (Nachdruck verboten.)

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Theodore Cahu und Louis Forest.
Deutsch von Suzanne Braeutigam-Romane.

Luise antwortete nicht und eilte in ihr Zimmer zurück. Als sie allein war, konnte sie sich nicht länger beherrschen. Schon sah sie sich verheiratet und unglücklich fürs ganze Leben mit diesem Pariser, den sie haßte, ohne ihn zu kennen. Sie weinte bitterlich. Neue, sonderbare Gedanken bestürmten sie. Ihr ganzes Sein empörte sich. Sie schauderte, ein Widerwille schüttelte sie, als berühre sie dieser von ihren Eltern erwählte Gatte schon gegen ihren Willen. Und zugleich wurde ihre Liebe zu Fritz plötzlich ungestümer, begehrlicher. Niemals hatte sie bisher an eine Heirat mit ihm zu denken gewagt. Jetzt fragte sie sich, warum diese Verbindung unmöglich sein sollte.

Dieser Fremde, der aus Paris kam, um sie zu heiraten, und der nichts von ihr kannte, als ihre Mitzaft, war sicher ein Spieler, dazu bösartig, häßlich, lächerlich. Alle Vorzüge, mit denen sie Fritz schmückte, verwandelten sich in die entsprechenden Fehler, um ihr den heute angebotenen, morgen vielleicht aufgedrungenen Bräutigam verhaßt zu machen.

„Nein, nein", rief sie bald und trocknete ihre Tränen, „ich werde mich nicht so behandeln lassen, man wird mich nicht gegen meinen Willen verheiraten . . . . Vater ist eigensinnig, aber ich bin seine Tochter. Ich werde kämpfen! . . . Ich will mich nicht verheiraten, es sei denn, daß . . ."

Der Satz blieb unbeendet. Ein Name blieb auf ihren Lippen zurück, und im Geiste erblickte sie den schönen Leutnant. Eine Heirat mit Fritz schien ihr nicht unerreichbar, wenn sie Geduld und festen Willen bewies. Jedenfalls würde sie keinen andern heiraten. Also beschloß sie zu handeln, um vorerst denjenigen, der ihre Hand begehrte, zu entfernen.

Dies wurde nicht so schwer, wie sie es befürchtete.

Herr Maurice Vernois war kein Mitgiftjäger. Er hatte eine tüchtige Bildung, war reich, zeigte ein feines Benehmen und wußte eine anregende Unterhaltung zu führen. Es fiel ihm nicht schwer, sich beliebt zu machen. Auch heute tat er sein Bestes, aber diesmal umsonst.

Bei Tisch hüllte sich Luise in völliges Schweigen. Auf alle Fragen antwortete sie kaum mit einem undeutlichen: „Ja", „Nein", trotz der Zeichen ihres Vaters, der sie stirnrunzelnd ansah und solches Betragen gar nicht verstand.

Frau Stockmann war in Verzweiflung. Sie blickte beständig auf ihre Tochter, welche sonst immer in ihren gutsitzenden Kleidern elegant und anmutig erschien. Luise hatte sich einen Spitzenkragen ausgesucht, der ihr ein ältliches Aussehen gab. Sie hatte den Friseur gezwungen, ihr die Haare auf eine Art zu machen, die ihr gar nicht stand und die den Reiz ihres feinen Gesichtes nicht hervortreten ließ.

Nach dem Essen fuhr sie in ihrer Verstellung fort, aber mit einer Abwechselung, indem sie mehr redete, dies jedoch in einem kühlen, absprechenden Tone. Ein Fremder mußte auf Grund dieses Verhaltens bei ihr auf einen unangenehmen, abstoßenden und mißgünstigen Charakter schließen.

Trotz der Vorwürfe ihres Vaters, trotz der Bitten ihrer Mutter versteifte sie sich auch am folgenden Tage so sehr auf ihr angenommenes Wesen, zeigte sich so einsilbig, war so mürrisch, kleidete sich so schlecht, daß der Ingenieur Angst bekam und nach Paris zurückreiste. Er gab jede Absicht auf eine solche Heirat auf, die so arm an günstigen Vorbedingungen, so bar jeder Zukunftshoffnung erschien.

Stockmann geriet in heftige Wut. Er schimpfte gegen seine Tochter, weil er auf eine lang erhoffte Verbindung verzichten mußte. Luise glaubte sich gerettet. Der Sturmwind des väterlichen Zornes ging über sie hinweg, wie ein Gewitter über junge Bäume braust. Sie neigte den Kopf, sobald aber der Himmel wieder klar und ruhig schien, lächelte sie neugestärkt und zukunftsfreudig. Obgleich es mit ihrer kirchlichen Frömmigkeit nicht weit her war, ließ sie sich jetzt von Katherine zur Kathedrale begleiten, und inbrünstig dankte sie dem Himmel für die jetzige Befreiung. Aus tiefstem Herzen erbat sie Segen für die Zukunft und kniete lange auf den Stufen aus Stein vor dem Altar der heiligen Jungfrau.

Von nun an lebte Luise beständig nur in dem Gedanken an Fritz. Ihre Einbildungskraft, ihr Geist und Gemüt, ihr ganzes Wesen waren von dieser einzigen, allbeherrschenden Liebe erfüllt.

Hätte das junge Mädchen eine Vertraute, eine Freundin gefunden, der sie ihr Geheimnis anvertrauen konnte, die Gefahr wäre für sie viel geringer gewesen, und ihre überschwängliche, glühende Schwärmerei hätte sich vielleicht abgeschwächt und ausgetobt in wiederholtem, vertraulichem Zwiegespräch. Sie hatte aber niemand, und die Notwendigkeit, gegen jedermann das tiefste Schweigen zu beobachten, bewirkte, daß Luise ihren Zukunftstraum immer inniger hegte, daß er von Tag zu Tag nachhaltigeren Einfluß auf sie gewann.

Wenn bisweilen Verzweiflungsgedanken ihre Seele durchzogen, wenn unzählige Hindernisse sich gegen ihre Pläne himmelhoch auftürmten, wenn ihr jeder Hoffnungsschimmer verdunkelt erschien, dachte sie daran, Katherine, der ehemaligen Vertrauten all ihrer kleinen Kinderschmerzen, alles zu sagen. Sie war so herzensgut, die alte Amme! Sie verstand es früher so gut, die Tränen zu trocknen, fesselnde Ablenkungen für jeden Schmerz zu finden, wenn sie die lieben, alten, immer gleichen Lieder sang, wenn sie die schönen, ergreifenden, elsässischen Märchen und Sagen erzählte.

Doch ach, es handelte sich nicht mehr um eine zerbrochene Puppe, um Kuchen, der zur Erde gefallen. Verstand Katherine einen tieferen Kummer, hatte sie guten Rat bereit? Gewiß, über alles liebte sie „ihre Luise"; würde sie aber nicht erschrecken, wenn sie von dieser Liebelei mit einem Deutschen hörte? Würde die Treuesinnte in ihrem Herzenswunsch, alles wieder gut zu machen, nicht sofort auch Frau Stockmann alles erzählen, und dadurch einen vollen Zusammenbruch aller Hoffnungen heraufbeschwören?

Da Luise immer über dasselbe sann, gewöhnte sie sich unmerklich daran, Mittel und Wege, die ihr früher abscheulich und schamlos erschienen waren, ernstlich ins Auge zu fassen. Als Vorbild dienten ihr Romanerinnerungen, Abenteuer von Hirtinnen und Königssöhnen, harmlose Liebesgeschichten. Darin suchte die einsame Grüblerin, wie man am besten die Unmöglichkeit bezwingt, die so oft Treuliebende von einander zu trennen scheint.

Auf die Dauer begann diese stets verhaltene Ueberreizung einen schlimmen Einfluß auf die Gesundheit des jungen Mädchens auszuüben. Wenn sie des Morgens aufwachte, klagte sie über Ohrensausen, über Fieberersscheinungen. Tagsüber blieb sie still und traurig. Nach und nach wurde sie ganz elend. Ihre bleichen Wangen verrieten, daß trübe Gedanken das Kind quälten.

Stockmanns ließen den Arzt kommen, der auf ihre Besorgnis mit einem nichtssagenden Satze antwortete:

„Es ist das Alter," sagte er.

Und er verschrieb Stärkungsmittel, kräftiges Fleisch, Duschen, einige verfängliche Arzneimittel, die in solchen Fällen immer gegeben werden und selten wirksam sind.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0001

zwar nicht zu bezahlen, dafür aber die Notleidenden „je nach Ermessen" der einzelnen Etablissements zu unterstützen.

Die Nachricht von der Freilassung Maxim Gorkis hat sich nunmehr tatsächlich als ein erbärmliches Lügenmanöver des Trepowregimentes herausgestellt. Ein brutales Polizeigehirn wie das Trepows trotzt der gesamten öffentlichen Meinung Europas, um so mehr als die verschiedenen Regierungen, und nicht zuletzt die Deutschlands, mit der reaktionären Gewaltherrschaft in Petersburg sympathisieren.

Ueber das Schicksal Gorkis wird dem Berl. Lokal-Anz. aus Petersburg gemeldet: Die Anklage gegen Maxim Gorki wie gegen die übrigen Mitglieder der bekannten Deputation gliedert sich in zwei Punkte: 1. Ende Dezember soll sich ein Komitee gebildet haben, darunter auch Gorki, welches Straßenunruhen förderte, die zur Stärkung der Oppositionsbewegung beitrugen, allmählich jene Resultate zeitigten, wie sie am 22. Januar zu Tage traten; 2. habe Gorki an der Abfassung einer Proklamation nach dem 22. Januar teilgenommen, worin die Ereignisse in sehr scharfen Worten charakterisiert und das ganze Rußland zum Kampfe gegen die Regierung des Kaisers Nikolaus II. aufgerufen wurde. Bei verschiedenen Haussuchungen soll ein derartiges Konzept gefunden worden sein, dessen Autor unbekannt ist. Nach § 129 des neuen russischen Gesetzbuches würde Gorki, falls seine Schuld bezüglich des zweiten Punktes der Anklage erwiesen wird, zu Zwangsarbeit oder Festung verurteilt werden. — Ein Freund des Dichters besuchte ihn am Sonnabend in der Peter Pauls-Festung. Der Verhaftete bat, ihm Bücher wissenschaftlichen Inhalts zu senden; andere sind nicht gestattet. Er hat ferner um warme Stiefel. Man glaubt, daß Gorkis Haft nicht mehr lange dauern wird.

Mit diesem offiziösen „Man glaubt" soll natürlich die Welt weiter betrogen werden. Die bürgerliche Aktion für Gorki läßt sich natürlich auch mit solchen Schwindeleien übers Ohr hauen, wie die Haltung der deutschen Schriftsteller beweist.

Auch unter dem russischen Adel hat die revolutionäre Stimmung trotz der gegenwärtigen Gewaltmaßregeln der Regierung nicht nachgelassen. So wird offiziell aus Moskau gemeldet: In einer Versammlung der Adelsgenossenschaft gelangten drei an den Kaiser zu richtende Adressen zur Verlesung. In der ersten heißt es, in den gegenwärtigen schweren Zeiten sei der Augenblick schlecht gewählt, um eine fundamentale Aenderung der Regierungsform herbeizuführen. Die zweite Adresse sagt, daß während der kriegerischen Schwierigkeiten und der inneren Unruhen ein einziges Wort des Kaisers, durch welches frei gewählte Vertreter des Volkes zur Teilnahme an der Regierung berufen würden, Rußland auf den rechten Weg führen könne.

In der dritten Adresse heißt es, der Adel erwarte, in der vollen Ueberzeugung, daß Rußland auch diese neue Prüfung überstehen und aus ihr mit vollem Ruhme und voller Macht hervorgehen werde, sehnsüchtig ein Wort des Kaisers, welches zeigt, daß das Band, welches ihn mit dem russischen Volke verknüpft, nicht zerrissen ist, und daß er, sobald er es für nötig befindet, vom Volke gewählte Vertreter berufen wird, um an den Aufgaben des Staates mitzuarbeiten.

Die Besprechungen hatten kein einheitliches Ergebnis. Man einigte sich, zwei verschiedene Texte festzustellen.

Die Sitzungen des Adels in Kursk waren reich an Zwischenfällen. Als sich nach Beratung des Entwurfs einer an den Kaiser zu richtenden Adresse der Vertreter der liberalen Minderheit Chirkoff weigerte, die Adresse zu unterzeichnen, wurde die Sitzung unter großem Lärm aufgehoben. Mitglieder des Adels verlangten, daß Chirkoff sich entferne. Alle Versuche der Redner, eine Debatte herbeizuführen, scheiterten.

Der Adel von Jaroslaw beschloß, eine Adresse an den Kaiser zu richten mit der Bitte, frei gewählte Vertreter zur Beratung des Manifestes vom 25. Dezember zusammenzuberufen.

Die Professoren folgen dem Beispiele der Arbeiter und treten gleichfalls in den Streik. So haben die Professoren der Universitäten in Odessa und Kiew ihre Vorlesungen eingestellt.

In Warschau herrscht nach wie vor der Kriegszustand. Nach Angabe des Aerztepersonals beträgt die Zahl der in den letzten Tagen **Getöteten 600**, die der **Verwundeten mehr als 1000**. Die Toten wurden nachts unter starker militärischer Eskorte eingescharrt. Die Plünderung von Läden ist auf Individuen zurückzuführen, die von der Polizei dazu bestimmt wurden. Es wurden vor allem die Läden der russischen Juden geplündert. Viele von dem plündernden Gesindel wurden von Arbeitern erschlagen. Der Einwohnerschaft fehlt Wasser und Brot.

Der Generalgouverneur hat verstärkte „Schutz"-Bestimmungen erlassen, die Ansammlungen auf Straßen, Plätzen und in Privathäusern untersagen. Ansammlungen an öffentlichen Orten würden durch Polizei und Militär zerstreut werden. Der Besitz oder Verkauf von Waffen ohne eingeholte Erlaubnis unterliege einer Strafe. Bei Kundgebungen müssen die Balkons und Fenster der anliegenden Häuser unverzüglich geräumt und geschlossen werden, ebenso die Hofeingänge. Falls von den Dächern geschossen oder Steine und Proklamationen geworfen würden, unterlägen außer den Schuldigen auch die Hausbesitzer und Hausverwalter der Verantwortung. Auf Verlangen der Gouverneure von Warschau und Petrikau haben die Besitzer von Handels- und Industrieunternehmungen diese sofort zu schließen. Verletzungen der Bestimmungen werden mit Arrest bis zu drei Monaten oder mit einer Geldstrafe bis zu 500 Rubel bestraft. Die Bestimmungen gelten für die Städte Warschau und Lodz, sowie für die Gouvernements Warschau und Petrikau.

Diese „Schutz"-Bestimmungen sind nichts weiter als die Proklamierung der unumschränkten Polizei- und Säbelherrschaft.

In Bezug auf die Polizei-Räubereien hat das Arbeiterkomitee der Polnischen Sozialistischen Partei einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Genossen!

Wendet alle Mittel an, um den Räubereien des Auswurfes der Gesellschaft vorzubeugen. Denken wir daran, daß die zarische Regierung diese Tatsachen ausnutzen wird, um sie uns zuzuschreiben und unsere revolutionäre Fahne zu beschmutzen.

Von der Polizeibehörde sind in den letzten Tagen fortwährend Massenverhaftungen vorgenommen worden. Die Verhafteten werden in drei Gruppen geteilt, und zwar wird sich die erste Gruppe wegen politischer Vergehen vor dem Strafgericht zu verantworten haben, die zweite Gruppe, bestehend aus Plünderern, wird in Anklagezustand versetzt, während die dritte Gruppe im administrativem Wege bestraft werden soll.

In Lodz wurde am Donnerstag bei einer Fabrik vom Militär eine Salve abgegeben, wodurch 6 Personen getötet und 48 verwundet wurden; ein Teil der Arbeiter hatte die Arbeit wieder aufgenommen. In der Fabrik Keller wurden die Arbeiter von einer Menge an der Arbeit gehindert. Das Militär machte von der Schußwaffe Gebrauch; **auch hier wurden zahlreiche Arbeiter getötet und verwundet.**

Am Sonnabend fand eine große Arbeiter-Demonstration statt; **während des Leichenbegängnisses von 15 Opfern der Unruhen entspann sich ein Kampf mit dem Militär. Zwei Arbeiter wurden erschossen und 15 verwundet.** In der Ogrodowagasse entstand ein Tumult, weil Polizisten einen jüdischen Knaben verwundeten, welcher amtliche Plakate abriß. Die elektrische Bahn ist noch immer außer Tätigkeit. Die Expedition an der Lodzer und Kalisch-Warschauer Bahn ist geschlossen. Große Arbeiterunruhen werden aus Sielce und Lublin gemeldet.

Zu den Vorgängen am Sonnabend wird noch aus Wien gemeldet: Der Zusammenstoß am Sonnabend vormittag hat nur wenige Stunden gedauert. Es wurde eine Salve auf die streikenden Arbeiter abgegeben, wobei einige getötet wurden. Alle in Lodz eintreffenden Reisenden müssen sich einer Leibesvisitation unterziehen. Sehr ungelegen kommt dem Kriegsministerium der Streik in 42 polnischen Zuckerfabriken, welche Tag und Nacht arbeiteten, um die Armeelieferungen fertigzustellen. — In Czenstochau soll unter der Bevölkerung eine förmliche Panik ausgebrochen sein. Die Leute verbarrikadieren die Türen und Fenster. In den Bezirken Sosnowice und Dombrowa streiken gegenwärtig 30 000 Arbeiter.

Aus dem russisch-deutschen Grenzgebiete wird dem Berl. Lokal-Anz. gemeldet: Die 30 000 Arbeiter, die unmittelbar an der Grenze streiken, verfolgen nur zum kleinen Teil wirtschaftliche Zwecke. In der Hauptsache handelt es sich bei ihnen um eine politische Demonstration. Das Arbeiterkomitee hat bisher Zerstörung von Eigentum nicht geduldet, hält eine eigene Polizei und stellt Posten zur Bewachung der Fabriken aus. Von einer eigentlichen Leitung des Streiks ist trotzdem nicht die Rede, wenigstens kennt man die Führer nicht. Donnerstag morgen wurden mehrere deutsche Betriebsbeamte von den Ausständigen in Sosnowice aus den Betten geholt und notdürftig bekleidet nach den Zechensälen gebracht, wo man fruchtlos gebliebene Verhandlungen mit ihnen führte. Dieser Auftritt hat in den Betroffenen so unangenehme Empfindungen ausgelöst, daß sie mit dem nächsten Zuge über die Grenze fuhren; vor der Hand dürften sie kaum nach Rußland zurückkehren. Im übrigen wird jeder Mann drüben, auch die Polizei, gezwungen, sich an den Protestaufzügen wider den Zaren und Rußland zu beteiligen.

Das preußische Militär in Beuthen wird in Bereitschaft gehalten, und darf die Kasernen nicht verlassen.

In Riga haben während der letzten drei Tage der vorigen Woche noch verschiedene Zusammenstöße zwischen den Kundgebern und den Soldaten stattgefunden, wobei **40 Personen getötet und 100 verletzt** worden sind, darunter 12 Studenten und 5 Soldaten getötet.

In Tiflis (Kaukasus) stellten am Dienstag die Arbeiter in den Werkstätten der Transkaukasischen Bahn, in den mechanischen Fabriken und Druckereien die Arbeit ein. Außer dem Kawkas erschien keine Zeitung. Die Zahl der Ausständigen betrug 3000 bis 4000. Der Ausstand breitet sich weiter aus.

Ueber die Militärrevolte in Sebastopol erzählt einer der Meuterer, dem es gelang, zu fliehen, und der in Berlin angekommen ist, nach der Deutschen Freien Presse folgendes: Unsere zwei Kompagnien, die unter dem Kommando des Leutnants Belowenzj standen, waren bestimmt, gegen die revoltierenden Matrosen vorzugehen . . . Bevor wir ausrückten, hielt uns Leutnant Belowenzj eine Rede, in der er darauf hinwies, daß wir gegen „Rebellen" marschierten und gewissenhaft unsere Pflicht zu erfüllen hätten. Nach den russischen Militärgesetzen mußten wir der Ansprache des Offiziers laut beistimmen, doch kein einziger der Soldaten sagte ein Wort. Wir eilten dann im Laufschritt nach dem Platze, wo über 3000 Matrosen versammelt standen, die wir nach dem Befehl unserer Vorgesetzten umzingeln mußten. Als wir dicht an die Matrosen herangekommen waren, gab man uns den Befehl, still zu stehen, und gleich darauf ertönte das Kommando: „Macht euch zum Schießen bereit . . ." Doch wir wollten so nicht gegen unsere Brüder handeln, wir wußten, daß die Matrosen im Recht waren, und verweigerten den Gehorsam. Leutnant Belowenzj riß seinen Säbel aus der Scheide und wiederholte den Befehl, doch kein Soldat rührte sich. In diesem Augenblick erschien das Belostowski-Regiment und Artillerie auf dem Platze. Wir wurden sofort arretiert und unter starker Militär-Eskorte nach der Kaserne gebracht . . . Bald darauf kam unser Bataillonschef Sobatischeffti, der dem Feldwebel befahl, alle Unteroffiziere, die Gefreiten, außerdem 12 Juden, 10 Polen und zwei Deutsche ins Militärgefängnis abzuführen und die übrigen Soldaten in den nächsten Tagen nach dem Kriegsschauplatze abzuschicken. „Jetzt sind wir frei," schloß der Soldat, „und wir wollen in Amerika unser Glück versuchen . . . Wir sind alle Handwerker und werden dort schon unser Brot verdienen . . ."

Schergendienste für den Zaren. Die Wiener Arbeiterzeitung meldet: Um ein Zarenbild vor dem öffentlichen Verbrennen auf der Straße zu retten, hieben am Donnerstag in Krakau die Polizisten in die Menge und verwundeten an die zwanzig Arbeiter.

Es handelte sich um eine Demonstration der Krakauer Arbeiterschaft, an der 20 000 Personen teilnahmen.

An die Arbeiter aller Länder richtet sich der Aufruf des Exekutiv-Komitees des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel. Er hat folgenden Wortlaut:

„Ein unsühnbares Verbrechen ward begangen, dessen Schlachtopfer ein ganzes Volk ist!

Tausende von Arbeitern hatten sich erhoben; sie glaubten noch immer ihre Hoffnung auf die Menschlichkeits-Gefühle des Mannes setzen zu dürfen, der sich ihr „Väterchen" nannte, der sich „Friedenszar" rufen ließ.

Sie forderten Beendigung eines unglückseligen Krieges, Verbesserung ihrer elenden Lage, politische Reformen elementarster Natur, wie sie alle Völker des Westens bereits besitzen.

Statt jeder Antwort haben Nikolaus II. und seine Ratgeber sie niederknallen lassen. An einem einzigen Blut- und Trauertage fielen Männer, Frauen und Kinder — eine harmlose, unbewaffnete Menge — unter den Streichen einer wilden Soldateska, der automatischen Bundesgenossin der verruchtesten aller Tyranneien.

Heut herrscht die Ordnung in St. Petersburg. —

Der Nacheiferer Abdul-Hamids regiert noch auf den Leichen seines Volkes.

Doch zwischen dem Zarismus und all denen, die hinfort das gleiche Gefühl unbezwinglicher Empörung eint, hat sich ein Abgrund aufgetan, den neue Unterdrückungen nur zu verbreitern im stande sind.

Vergebens hoffen die, die — um ein erbärmliches Regime zu festigen — vorm Meuchelmorde nicht zurückbebten, einer Bewegung, die alle Klassen gewonnen hat, dadurch Einhalt zu gebieten, daß sie zu den Greueln des Blutbades die Ungerechtigkeit der Massenverhaftungen fügen: Doch von Stund an hat der Kampf bis aufs Messer begonnen, und der Heldenmut des russischen Proletariats, der Vorbut der Revolution, ist uns Bürge dafür, daß der Kampf zu Ende geführt wird bis zum Sturze eines Regimes, das den widernatürlichsten Anachronismus, die gefährlichste Drohung für die Freiheit ganz Europas verkörpert.

In diesem Kampfe müssen unsere russischen Brüder nicht bloß auf unsere moralische Solidarität, sondern auch auf die materielle Hilfe der sozialistischen Parteien des ganzen Erdballs rechnen können.

Der Kampf, den sie führen, ist unser Kampf!

Der Feind, der sie zu Boden drückt, ist der Feind des Menschengeschlechts!

Daher richtet das internationale sozialistische Bureau einen warmen Aufruf an alle, die durch irgend welche Mittel, Geld, Einfluß, Agitation, zu dem Befreiungswerke beitragen können, das eins der großartigsten und fruchtbarsten Ereignisse der Geschichte sein wird.

Als Nikolaus II. die Petersburger Gemetzel anbefahl, hat er das Todesurteil des Zarismus unterzeichnet.

Nieder mit der Autokratie!

Hoch die internationale Sozialdemokratie!"

Das Exekutiv-Komitee des internationalen sozialistischen Bureaus.

Emile Vandervelde, Eduard Anseele. Der Sekretär: Viktor Serwy.

Wie schon kurz mitgeteilt wurde, hat der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie bereits 10 000 Mark für die Opfer der russischen Straßen-Unruhen zur Verfügung gestellt.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß die Expedition des Volksblattes freiwillige Spenden für die Opfer der Knute in Empfang nimmt und an die zuständige Adresse weiterbefördert.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 6. Februar 1905.

Der Reichstag

war zu Beginn der Sonnabend-Sitzung in seinem Sitzungssaale, über dem winterliches Dunkel lastete, nur durch zirka 12 Mitglieder vertreten, dieweil die Tische des Bundesrats in gähnender Leere starrten. Im Laufe des Tages füllten sich die Reihen der Abgeordneten ein wenig; am Tische des Bundesrats nahm Graf Posadowsky Platz. — Es war „Schwerinstag", d. h. einer der spärlichen Tage, die für Beratung von Anträgen aus dem Hause bestimmt sind. Das Zentrum rückte mit einem alten Bekannten heran, mit dem „Toleranzantrag", den es in neuer, aber im allgemeinen keineswegs verbesserter Form eingebracht hat. In phrasenreicher Rede, einem lang-eintönigen Monologe, den nur Erzbergers blecherne Zurufe unterbrachen, begründete Dr. Bachem den Antrag. Ueberflüssig, über den Inhalt der Bachem-Rede Worte zu verlieren. Die katholische Kirche ist bekanntlich immer für Toleranz, wo sie nicht die Macht hat, intolerant zu sein! Sonst ist gegen den Antrag an sich wenig einzuwenden: der schlimmste Vorwurf, den man ihm machen kann, ist der, daß er nicht weit genug geht, die in ihm schlummernde Tendenz auf Trennung von Kirche und Staat nicht zur Entwicklung kommen läßt und mit den „anerkannten" Religionsgemeinschaften die im ersten Teile mit so viel Lärm herausgeworfene Kirchenhoheit des Staates im zweiten Teile wieder einschmuggelt. — Nach Bachem Sattler, auf den ultramontanen Rheinländer der kulturkämpferische Hannoveraner. Natürlich gegen den Antrag.

Ganz anders faßte Genosse Dr. David die Sache an. Er wies dem Zentrum die Inkonsequenz und er wies ihm die Intoleranz nach. Und nicht etwa nur die dogmatische Intoleranz, die ja Herr Bachem als unverjährbares Kirchenrecht in Anspruch nahm, sondern auch die politische Intoleranz. — Der Konservative Henning, der nicht zu Unrecht den Zusammenhang von Religion und Intoleranz betonte, sowie der freisinnige Volksparteiler Doktor Müller-Sagan erklärten sich mit der Grundtendenz des Toleranzantrags einverstanden, während der von blassem Jesuitenschreck angekränkelte freikonservative Konsistorial- und Brotzollrat Stockmann und der Wildkonservative Stöcker gegen den Antrag sprachen. — In später Stunde vertagte sich das Haus auf Montag.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause wurde am Sonnabend die zweite Lesung der Kanalvorlage fortgesetzt. Die allgemeine Debatte kam noch nicht zu Ende. Das Interesse an den einzelnen Rednern war nicht sonderlich groß. Das Schicksal der Vorlage ist ja besiegelt. Sie wird angenommen. Abgesehen von der Freisinnigen Volkspartei haben die Fraktionen sich entschieden. Die Freisinnige Volkspartei will sich erst entscheiden, nachdem die Beschlüsse über die einzelnen Teile der Vorlage vorliegen und die Gestaltung des Ganzen zu übersehen ist. Voraussichtlich wird das Votum ablehnend sein, aber die 25 Mann geben keinen Ausschlag. Die Majorität wird, abgesehen von der Freisinnigen Volkspartei, wohl 20 bis 30 Stimmen betragen, so lautet wenigstens das Ergebnis, das Sonnabend die Berechnungen im Foyer ergaben. Für die Freisinnige Vereinigung sprach sich Abg. Broemel für die Vorlage aus, für die Minorität der Konservativen Abg. v. Arnim, für die der Freikonservativen Frhr. v. Zedlitz. Herr v. Pappenheim suchte seinen Antrag zu begründen, der die Einführung von Schiffahrtsabgaben vor Inbetriebsetzung des Kanals verlangt. Herr v. Pappenheim suchte auch nachzuweisen, daß die Weiterführung des Kanals von Hannover bis Magdeburg an Wassermangel scheitern müsse. Er sprach aber auch aus politischen Gründen mit Emphase sein: „Bis Hannover und nicht weiter!" Die Schiffahrtsabgaben spielten wieder die Hauptrolle in der Diskussion. Minister Budde aß abermals eine gewundene Erklärung ab. Eingehend wird ja die Frage am Montag im Reichstag behandelt werden.

Ein gescheiterter Gesetzentwurf.

Die preußische Regierung hat, wie schon Freitag mitgeteilt wurde, den Entwurf eines Gesetzes betr. die Erschwerung des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter zurückgezogen und will die Materie aufs neue „studieren". Das Pech, was den preußischen Justizminister Schönstedt verfolgt, bewährt sich auch diesmal wieder: Herr Schönstedt ist jetzt zehn Jahre und zehn Wochen im Amte, und hat noch kein Gesetz zu stande gebracht.

Der verscharrte Gesetzentwurf, der kontraktbrüchige Latifundienklaven in die Hungeracht tun wollte, verdankt seine Entstehung bekanntlich einer Anregung des Zentrums-Abgeordneten und Grundbesitzers Herold, sein vorzeitiges Ende aber dem erfolgreichen Ansturm der oppositionellen, vor

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0002

allen der sozialdemokratischen Kritik. Von einem sozialdemokratischen Redner in die Enge getrieben, mußte sogar der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr **Nieberding**, zugeben, daß das gesetzgeberische Kunstwerk seines preußischen Kollegen zu den minder geglückten zählte. Und dabei war es nur Klischeearbeit! Aehnliche Bestimmungen wie die in Preußen geplant gewesenen, bestehen in Anhalt, Reuß j. L., Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Weimar. Wie lange wollen diese Bundesstaaten ein Gesetz haben, das selbst in Preußen nicht möglich ist?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des Reichsamts des Innern folgende Resolutionen eingebracht:

1. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes.
2. Auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle Arbeiter durch Reichsgesetz.
3. Auf Erlaß von Landesratsvorschriften nach § § 120 e und 139 a für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr.
4. Auf Vorlegung eines Gesetzes zum Schutze der Bauarbeiter.
5. Auf Erlaß einer Verordnung noch im Laufe dieses Jahres, durch welche die Arbeit an Sonn- und Festtagen in Glashütten verboten wird.
6. Auf Vorlage eines Strafgesetzes gegen Unternehmer oder deren Vertreter, die den Arbeitern durch schwarze Listen oder ähnliches ihr Fortkommen erschweren wegen Teilnahme an Arbeiterorganisationen.
7. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die gewerbliche Arbeit an Sonn- und Feiertagen verboten, eine Ruhepause von 36 Stunden für einen Feiertag und eine solche von 60 Stunden für zwei aufeinanderfolgende Feiertage angeordnet wird.

Ausnahmen: für Verkehrs-, Transport-, Gastwirts- und Vergnügungsgewerbe und für notwendig kontinuierliche Betriebe sollen zugelassen werden.

Verkaufsstellen für Nahrungs- und Genußmittel sollen höchstens drei Stunden am Vormittag geöffnet sein.

Polizeisenator und Sittlichkeitsverbrecher. Vor der Strafkammer in Hannover hatte sich der Senator und Kaufmann Theodor Risch aus Springe wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. In dem Städtchen Springe — bekannt durch die alljährlich dort an den Hängen des Deistergebirges veranstalteten Kaiserjagden, leider aber auch weniger rühmlich bekannt als Schauplatz des traurigen Dramas von Bennigsen-Falkenhagen — bekleidete Risch das Amt eines Senators und war als solcher auch Leiter der Polizei. Diese Eigenschaft hinderte ihn indessen nicht, seinerseits das Gesetz in der schlimmsten Weise fortgesetzt zu übertreten. Viele Kinder, die in seinen Laden kamen — er handelt mit Schulartikeln — auch ganz kleine, wußte er in sein Zimmer zu locken, wo er sie dann in unerlaubter Weise berührte. Der würdige Herr Senator, der nach der Entdeckung seines Gebarens zunächst verhaftet, dann aber gegen sehr hohe Kaution freigelassen worden war, hat nunmehr seine Strafe erhalten. Nach sehr eingehender Beweisaufnahme, die nicht öffentlich war, verurteilte ihn das Gericht zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. —

Ein Polizeikommissar unter dem Verdachte des Meineides. Aus Dortmund wird geschrieben: Am Abend der Reichstags-Stichwahl war es hier an einigen Stellen zu Krawallen gekommen. In eine Bierhalle war der Kommissar Fischer mit mehreren Schutzleuten gekommen und hatte die Gäste hinausgetrieben, die dann draußen von anderen Polizeibeamten mit der Waffe empfangen wurden und zum Teil Verwundungen erlitten. In einer Versammlung wurden diese Vorgänge kritisiert. Der Kaufmann Wellhäuser und andere Redner wurden dann wegen Beleidigung der Polizeibeamten zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. Infolge eingelegter Revision aber erzielte Wellhäuser und ein zweiter Angeklagter Freisprechung. Vor Gericht beschwor der Polizeikommissar Fischer als Zeuge zweimal, daß er in der Bierhalle nicht blank gezogen habe. Diesem Eide standen die gleichfalls eidlichen Aussagen dreier anderer Zeugen entgegen.

Nunmehr ist gegen den Polizeikommissar Fischer die Voruntersuchung wegen Meineids eingeleitet worden. Dem Vernehmen nach haben noch zehn weitere Personen ihr Zeugnis dafür angeboten, daß Fischer blank gezogen habe.

Unschuldig verurteilt. Wie notwendig eine gründliche Reform des verpfuschten Gesetzes über die Entschädigung Unschuldig-Verurteilter ist, zeigte im württembergischen Landtage wiederum die Petition eines unschuldig wegen Hehlerei zu zwei Jahren Zuchthaus Verurteilten, der nach Verbüßung des größten Teiles seiner Strafe im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen und von der Regierung im Gnadenwege mit dem Bettel von 1500 Mark entschädigt wurde; einer Summe, die in keinem Verhältnis steht zu dem ihm zugefügten Schaden, von den seelischen Qualen gar nicht zu reden.

Der Justizminister widersetzte sich dem Antrage der Petitionskommission, daß die Regierung in eine nochmalige Prüfung der Entschädigungsfrage eintreten solle, und meinte ärgerlich, daß im Falle der Annahme des Antrages die Regierung künftighin vorsichtiger sein werde im Betreten des Gnadenweges. Das Haus war einstimmig für den Kommissionsantrag.

Grenzsperre zu gunsten Ballins. Der Norddeutsche Lloyd teilt mit, daß er Unregelmäßigkeiten bei den Agenten in seinen Kontrollstationen entdeckt hat. Diese haben nämlich zum Teil Auswanderer nach Antwerpen befördert, und um das zu verhindern, soll die ganze Grenze von Böhmen an bis in den äußersten Norden gesperrt werden, damit sämtliche Auswanderer über Deutschland durch den Norddeutschen Lloyd befördert werden können. Als Grund gibt man an, Deutschland vor der Ueberschwemmung durch kranke Auswanderer zu schützen, und das Mittel soll sein, noch mehr Auswanderer als bisher nach Deutschland zu ziehen. —

Die neueste Verlustliste aus Südwestafrika meldet Vermißt Reiter Walter.

Gefallen: Reiter Grams. An Typhus gestorben: Reiter Czibulla und Reiter Kleina.

Militärjustiz. Leutnant Scharfscheer, der am 13. Januar, einem sehr kalten Wintermorgen, nach einem Liebesmahl verschiedenen Mannschaften der 4. Kompagnie des 118. Infant.-Regiments befahl, sich aus der Pumpe auf dem Kasernenhofe das kalte Wasser über Hals und Rücken gießen zu lassen, wurde nach der Wormser Volksztg. vom Kriegsgericht zu 14 Tagen Stubenarrest verurteilt. Beantragt waren 3 Wochen Stubenarrest. Strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß gesundheitsschädliche Folgen dieser Behandlung bei den Soldaten nicht nachweisbar seien.

Eine folgenschwere Kaiser-Geburtstagsfeier. Weil sie nicht an der Kaiser-Geburtstagsfeier teilnehmen konnten, waren zwei auf Wache befindliche Leute vom 3. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 44 in Lötzen (Ostpreußen) dem Wachthabenden gegenüber ungehorsam und wurden dem Platz weg verhaftet. Inzwischen ist, wie hierzu weiter gemeldet wird, die gesamte Mannschaft, die am 28. d. M. zum Wachtdienst kommandiert war, auf telegraphische Anordnung hin verhaftet worden; wie es heißt, soll sie wegen Aufruhrs und Meuterei vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Ausland.

Frankreich. Die Lochspitzel setzen ihre Arbeit fort. Auch am Sonnabend wurden an zwei verschiedenen Stellen der Stadt Bomben höchst ungefährlicher Art gefunden, die kein Unheil angerichtet haben.

— Ein großer Skandal droht in Brest auszubrechen. Es heißt, daß mehrere hohe Beamte, sowie ein Unternehmer, der mit dem Staate bedeutende Abschlüsse gemacht hat, in der Angelegenheit kompromittiert sind. Der Unternehmer soll die dem Staate vorenthaltenen Summen unter die betreffenden Beamten verteilt haben.

Italien. Bewegung unter den Eisenbahnern. Wegen der bevorstehenden Beratung der Eisenbahnertrage im Parlament beginnen die Eisenbahner die Agitation zur Verbesserung ihrer Lage wieder aufzunehmen. Eine Resolution, die von einer am Sonnabend in Mailand stattgefundenen Versammlung von 1500 Eisenbahnern gefaßt wurde, wiederholte nach einer Meldung der Frankf. Ztg. die Drohung mit dem Streik, falls die Regierung die Verhandlungen durch ad hoc erlassene Streikgesetze verhindern sollte.

Dänemark. Für den Freihandel. Nach dem zu urteilen, was man von den deutschen Agrariern gewohnt ist, müßte man annehmen, das neue dänische Ministerium, das doch im Grunde genommen ein Bauernministerium ist, müßte landwirtschaftliche Schutzzölle einzuführen bestrebt sein. Das ist aber nicht der Fall. Bei der nun beendeten zweiten Beratung des Budgetvorschlags erklärte der neue Finanzminister Lassen, er sehe es als seine Hauptaufgabe an, eine Zollreform zu fördern. Es könne sich aber nur um eine auf den Freihandel gerichtete Zollreform handeln. Die Aufgabe sei schwierig, besonders da man gegen eine Weltströmung zu kämpfen habe, aber er hoffe, daß es ihm glücken werde, dem Ziele einige Schritte näher zu kommen. — Der Minister sagte freilich nicht, wie der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden soll. In dem neuen Programm der Reformpartei wird auf eine Luxussteuer hingewiesen. Es ist wahrscheinlich, daß man hierbei an die Luxusartikel der großen Masse denkt, an Steuern auf Branntwein und Tabak. Bei der schon seit mehreren Jahren vorbereiteten Zollreform wird es sich wesentlich um Aufhebung und Ermäßigung von Industriezöllen handeln. Agrarzölle bestehen bekanntlich in Dänemark nicht, und die Bauern verlangen auch nicht danach.

Amerika. In Argentinien ist wieder einmal Revolution ausgebrochen. Ueber das ganze Land ist von der Regierung der Belagerungszustand verhängt worden.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Der Christ und der Streik.

Zu dem mit dieser Ueberschrift versehenen Artikel eines Pastors Dienemann in der Kreuzzeitung, den wir in Nr. 26 des Volksblattes veröffentlichten, nimmt jetzt in demselben Junkerorgan ein anderer Konservativer das Wort. Dienemann hatte jeden Streik kurzerhand als verwerfliches Kampfmittel bezeichnet. Sein Gesinnungsfreund, der seinen Namen allerdings nicht nennt, spricht der Kreuzzeitung für die Aufnahme des Artikels „warmen Dank" aus und leert den Kleistertopf seines eigenen Denkens mit folgenden Worten aus:

Er (der Artikel) ist ein Wort zur rechten Zeit, und ich möchte ihn von Anfang bis zu Ende unterschreiben. In unserer Zeit, wo sittliche und christliche Begriffe vielfach einer verschwommenen Auffassung preisgegeben sind, sind solch entschiedene Worte, die reinigend und klärend wirken, doppelt notwendig. Dort, wohin sie vorzugsweise gerichtet sind, werden sie zwar kaum Verständnis und Aufnahme finden. Und doch könnten einmal die christlichen Gewerkschaftler im allgemeinen vor diesen Worten sich prüfen, ob ihre Gewerkschaften in Wirklichkeit den Namen „christlich" verdienen, und zweitens dürften diejenigen unter ihnen, die mit Recht auf den Namen eines Christen Anspruch erheben, sich fragen, ob ihr Platz in einer christlichen Gewerkschaft ist. Daß manche treue Christen unter den Begleuten an der Ruhr in Unruhe und Zweifel darüber gekommen sind, welcher Weg für sie der richtige sei, kann man sich denken, doch vertraue ich, daß die meisten unter ihnen den Weg der Arbeit und der Pflicht gegangen sind. Solchen aber, die schwankend sind, kann ein so klares und entschiedenes Wort, wie das in dem beregten Artikel geredete, nur dienlich und zurechtweisend sein. Und nicht nur diesen. Der Artikel spricht auch von christlichen Sozialpolitikern, die den Arbeitswilligen einen Vorwurf daraus machen, daß sie arbeiten. Wer handelt denn christlicher, diejenigen, welche arbeiten, oder die, welche unter Kontraktbruch in den Ausstand getreten sind? Die Antwort sollte nicht schwer sein. Man sieht aber daraus, welche Verwirrung der sittlichen Begriffe bereits Platz gegriffen hat. Freilich, wenn die Führer und Gönner der christlichen Gewerkschaften einmal mit echt christlichen Ermahnungen und Forderungen an letztere herantreten wollten, dann würden die Reihen derselben voraussichtlich sich sehr bald lichten. Hieraus erklärt sich zwar die laue Haltung der christlichen Sozialpolitiker, zu rechtfertigen ist sie aber trotzdem nicht. Zum wenigsten sollten sie aber diejenigen in Ruhe lassen, welche den Weg der Ordnung und der Pflicht gehen wollen. Meines Erachtens ist es ein schwerer Fehler, daß einem Zusammengehen der christlichen Bergarbeitergewerkschaft und des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes das Wort geredet wird. Die Folgen werden nicht ausbleiben.

Das letztere ist ja auch unsere große Hoffnung; die Folgen werden nicht ausbleiben; der Arbeiter wird merken, daß er nichts mehr mit der Kirche zu tun haben kann, wenn er seine Rechte vertreten will. Köstlich ist das Zugeständnis, daß die Reihen der „christlichen" Arbeiter sich sehr bald lichten würden, wenn ihre „Gönner einmal mit echt christlichen Ermahnungen und Forderungen an sie herantreten wollten". Das stimmt! Denn die Arbeiter würden dann erkennen, „welche Verwirrung der christlichen Begriffe bereits Platz gegriffen hat". Nicht in ihren Kreisen, sondern in denen ihrer „Gönner und Führer", also der frommen Geistlichkeit.

*

Die Hoffnung der Zechenbarone.

Daß sie Hunderttausende Bergarbeiter in Erbitterung und Verzweiflung getrieben haben, läßt die Grubenbarone durchaus kalt. Ihnen ist der Arbeiter kein empfindender, mit den Millionären gleichberechtigter Mensch, sondern lediglich ein toter Faktor im Profitetempel. Im höchsten Maße unangenehm ist es den Herren der Streik. Sie denken jedoch nicht daran, die Forderungen ihrer Lohnsklaven zu erfüllen; sie düsteln vielmehr aus, wie sie den größten Gewinn aus dem Elend ziehen, wie sie Uneinigkeit in die Reihen der Streikenden säen können. Bei dem letzteren Bemühen treffen sie in inniger Seelenharmonie zusammen mit den Redaktionen vieler bürgerlicher Blätter. Auch das Berl. Tagebl. läßt sich von seinem Berichterstatter melden, die Führer des christlichen Gewerkvereins sähen ein, daß es ihren Grundsätzen von Religion und Königstreue widerspreche, mit dem Bergarbeiterverbande Hand in Hand zu gehen, und je eher desto lieber würden die Christlichen dem Streik ein Ende machen.

Tatsächlich scheinen die Bemühungen der Söldner des Kapitals, Uneinigkeit in die Reihen der Streikverbündeten zu säen, hier und dort bereits einen kleinen Erfolg zu haben. Auf der Hanielschen Zeche Rheinpreußen fuhren 400 vom christlichen Gewerkverein an, da Haniel eine Berücksichtigung der Forderungen in Aussicht gestellt hat. Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes verharren dagegen im Streik, da sie nach der gemeinsamen Vereinbarung Garantien für Erfüllung ihrer Forderungen verlangen.

Aus Bochum wird berichtet, der christliche Gewerkverein sei geneigt, den Streik für beendigt zu erklären, wenn die Regierung die Novelle zum Berggesetz innerhalb zweier Wochen dem Landtage vorlege und die Garantie für die Annahme der Novelle gebe. Der Leiter der polnisch. Bergleute, Breskott, ist von seiner Gewerkschaft ausgeschlossen worden und darum aus der Siebenerkommission geschieden. Ueber die Gründe des Ausschlusses wird nichts mitgeteilt. — Man wird alle solche Mitteilungen mit großer Vorsicht aufzunehmen haben, so lange die Siebenerkommission sie nicht bestätigt.

*

Als Lockspitzel der Unternehmer wurde bereits am 10. Januar in einer Versammlung durch Genossen Hue der Bergmann Wiesener bezeichnet. Er gehörte keiner Organisation an, wurde aber trotzdem in die Belegschaftskommission für Zeche Herkules gewählt. Jetzt hat er ausscheiden müssen. Das Schönste ist, daß bürgerliche Blätter aufgestochen haben, Wiesener sei wegen Einbruchs mit acht Jahren Zuchthaus vorbestraft. Man glaubte damit die Organisation zu treffen.

Schutz vor Zechenpolizisten. Der Markenkontrolleur Cröner auf Zeche Germania II betrat am 30. Januar ein Gasthaus, und bald war die hier bisher herrschende friedliche Stimmung einer hochgradigen Erregung und Empörung gewichen. Als Zechenpolizist war Cröner mit Säbel und Revolver ausgestattet — von letzterem Spielzeug führte er sogar zwei Exemplare bei sich. Er zog eins der Dinger — scharf geladen — heraus und setzte es einem Gast auf die Brust. Dann zog er den Säbel, unter dem Ruf: „Mit Gott für König und Vaterland!" schlug er kräftig Löcher in die Luft. — Ein Gerdarm hielt es später für notwendig, zum Schutz anderer Leute und vielleicht auch des Zechenpolizisten selbst, diesen die „Schutzwaffen" abzunehmen.

Mit Vorsicht aufzunehmen sind die Mitteilungen über Grubenschäden infolge Wassereandranges. Die meisten dieser Meldungen stammen nämlich aus den Kreisen der Grubenbesitzer, und es ist möglich, daß dadurch die Bergleute in Schrecken versetzt werden sollen.

Der nationale Kreiswahlverband für Kassel-Melsungen hat einen Aufruf zu Sammlungen für die Streikenden erlassen.

Das Nötigste. Die Kreuzztg. verlangt sofortiges gesetzgeberisches Eingreifen zu gunsten der Streikbrecher.

Herr August Thyssen (der Vater) kauft die Aktien der Gesellschaft Konkordia-Oberhausen auf, um in den Aufsichtsrat derselben zu gelangen. Bis jetzt ist die Gesellschaft meist im Besitz der Familie Haniel, die von dem Eindringen Thyssens nichts wissen will.

Bei der Parteihauptkasse sind bis Sonnabend für die Streikenden rund 159000 Mk. eingegangen, bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission 75000 Mk.

Gefälschte Protokolle veröffentlicht die Rhein.-Westf. Ztg., das Organ der Grubenherren. Darnach hätte die Untersuchung ergeben, daß alle Beschwerden der Bergleute unbegründet seien. Das Blatt fälscht die öffentliche Meinung. Die Dortmunder Arbeiter-Ztg. und das Bochumer Volksblatt weisen vorerst elf wichtige Punkte nach, in denen die Beschwerden von der Kommission als richtig anerkannt worden sind. — Man sieht aber, wie berechtigt die Forderung der Arbeitervertreter gewesen ist, daß auch ihrerseits Stenographen zu den Sitzungen der Untersuchungskommission herangezogen werden dürften.

Ein Wort Möllers. „Wir leben im Kriege mit den Arbeitern, und im Kriege sind alle Mittel erlaubt." — Diese Worte sprach in der Reichstagssitzung vom 18. Januar 1892 der damalige nationalliberale Abgeordnete für den Wahlkreis Dortmund-Hörde, der jetzige preußische Handelsminister Theodor Möller. Und zu einem Herrn, der sich in so offener Weise selbst als Feind der Arbeiter bekannt, der es für erlaubt erklärt hat, sich gegen die Arbeiter jedes Mittels zu bedienen, sollten die Arbeiter jetzt Vertrauen haben? Müssen die Bergleute nicht fürchten, daß auch die Ankündigung der famosen preußischen Bergesetz-„reform" in der Absicht des Herrn Möller nur ein „Mittel" ist, sie den Unternehmern auszuliefern, deren Freund und Verbündeter Herr Möller trotz der Hibernia-Affäre im Grunde seines Herzens immer geblieben ist?

Volle Einigkeit besteht, wie aus der Siebenerkommission berichtet wird, unter den verbündeten Organisationen. Die täglich sich wiederholenden Meldungen von ausbrechenden Zwistigkeiten würden demnach nur von den Gegnern erfunden sein, um Verwirrung unter die Arbeiter zu bringen. Die offiziellen Meldungen der Zechenbesitzer über die Zahl der Anfahrenden sind bereits als nicht zutreffend erkannt worden. Ein Beispiel scheint das klar zu beweisen, danach sollte am Freitag die gesamte Belegschaft der Grube Rheinpreußen 4506 betragen, von denen 2734 eingefahren wären, am Sonnabend aber 5574, von denen 4000 eingefahren wären. Es ist lächerlich, zu behaupten, die Belegschaft einer Grube sei an einem Tage um über 1000 Mann gestiegen, obwohl sie streikt.

Nervöse Gendarmen. In Aplerbeck haben reitende Gendarmen eine Anzahl Schulkinder und Streikende überritten und die Flüchtenden bis an die Haustür verfolgt.

Der Bergmeister Engel, der sich jetzt im Dementieren und in der Verteidigung der Zechenbarone so hervortut, ist derselbe, der im Dezember 1902 an die Frankf. Ztg. schrieb, die Bergarbeiter seien selbst Schuld an der Verbreitung der Wurmkrankheit. Die Gruben-Verwaltungen hielten alle Schutzmaßnahmen peinlich genau ein. Daraufhin veröffentlichte die Bergarbeiter-Ztg. erdrückendes Material, und die Regierung gelangte auf Grund desselben zu der Ueberzeugung, daß die Behauptung des Herrn Engel völlig haltlos war. Auf Grund der Enthüllungen durch die Bergarb.-Zeitung mußten schärfere Maßregeln gegen die Seuche ergriffen werden. — Aber Herr Engel nahm nichts zurück; er hüllte sich in beharrliches Schweigen. Und derselbe Herr ist es heute wieder, der keine Mißstände im Grubenbetrieb kennt.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0003

Merseburg.

Mittwoch den 8. Febr. abends 8 Uhr in der Funkenburg

öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. **Vortrag des Herrn Schwantje-Berlin, über: „Die Vivisektion und die Arbeiterklasse."** 2. **Diskussion.**
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Eisleben.

Donnerstag den 9. Febr. abends 8 Uhr im Prinz Heinrich

öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. **Vortrag des Herrn Schwantje-Berlin, über: „Die Vivisektion und die Arbeiterklasse.** 2. **Diskussion.**
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Eilenburg.

Dienstag den 7. Februar 1905 abends 8 Uhr im „Tivoli"

öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. **Vortrag des Herrn Schwantje-Berlin, über: „Die Vivisektion und die Arbeiterklasse.** 2. **Diskussion.**
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Metallarbeiter-Verband.

Dienstag den 7. Februar abends ½9 Uhr im „Konzerthaus"

Versammlung.

Tagesordnung: 1. **Stellungnahme zur Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung.** 2. **Wahl einer Bezirkskommission.** 3. **Verbandsangelegenheiten.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Diana-Saal, Aue-Zeitz.

Sonntag den 12. Februar

Großer Maskenball

unter Mitwirkung des **Arbeiter-Turnvereins „Germania", Aue.**
Es kommt zur Aufführung: **Der Geistertanz und die Germania auf der Gespensternacht in Aue,** sowie noch andere **großartige Ueberraschungen.**
Anfang 6 Uhr. **Demaskierung 9 Uhr.**
Vorverkaufskarten zu 25 Pfg. sind bei sämtlichen Mitgliedern zu haben, Eintritt an der Kasse 30 Pfg. **Der Turnrat.**

Sehenswürdigkeiten und öffentliche Anstalten in Halle.

Bibliotheken:

Bibliothek der Leopoldinisch-Carolinischen deutschen Akademie der Naturforscher, Friedrichstr. 51. Geöffnet: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3—6 Uhr.
Universitäts-Bibliothek, Friedrichstraße 50. Geöffnet von 8—1 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags; außer Sonnabend.
Marien-Bibliothek (zur Marienkirche gehörig) an der Marienkirche, im Hofe der Predigerhäuser. Geöffnet: Freitag, im Sommer von 3—5 Uhr, im Winter von 2—4 Uhr.
Bibliothek des Kunstgewerbevereins, Große Märkerstr. 22 I. Geöffnet unentgeltlich: Sonntag von 11—1 Uhr, Mittwoch und Freitag von 8—½10 Uhr abends.
Oberbergamts-Bibliothek, Friedrichstraße 13. Geöffnet: 11—1 Uhr.
Volks-Bibliothek des Vereins für Volkswohl, Rathausstr. 16. Geöffnet an Wochentagen von 7—8 Uhr abends.

Museen und Sammlungen:

Städtisches Museum für Kunst- und Kunstgewerbe, Großer Berlin 11, I. u. II. Eingang Große Brauhausstraße. Geöffnet unentgeltlich: Sonn- und Festtags 11—4 Uhr und Mittwoch nachmittags und zwar vom 1. November bis 28. Februar von 2—4 Uhr, vom 1. März bis 30. Oktober von 3—5 Uhr. An anderen Tagen und Tageszeiten Eintritt pro Person 50 Pfg.
Museum für heimatliche Geschichte und Altertumskunde der Provinz Sachsen, Domstraße 5. Geöffnet unentgeltlich: Sonntag, Dienstag und Donnerstag von 11—1 Uhr, Montag und Freitag 50 Pfg., an anderen Tagen 1 Mk. — Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.
Archäologisches Museum der Universität, An der Universität 12. Geöffnet unentgeltlich: Sonntag, Mittwoch und Sonnabend von 11—1 Uhr.
Kupferstich-Sammlung der Universität im Erdgeschoß des Universitäts-Museums. Eintritt nur mit Genehmigung des Direktors gestattet.
Mustersammlung des Kunstgewerbevereins, Große Märkerstraße 22 I. Geöffnet unentgeltlich: Sonntag 11—1 Uhr, Mittwoch und Freitag 8—½10 Uhr abends.
Geographische Sammlung im Universitätsgebäude.
Technologische Sammlung, Paradeplatz 7.

Wieder vorrätig:
Der illustrierte
Neue Welt-Kalender
für das Jahr
1905.
Neunundzwanzigster Jahrgang.
Preis **40 Pf.**
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung**
Halle, Geiststraße 21.

Gasthof zu den „Drei Königen".

Kleine Klausstrasse 7.
Donnerstag den 9. Februar

Preis-Skat-Turnier.

Beginn der Serien:
Nachmittags 4 Uhr und abends 7 Uhr.
Teilnehmerkarten per Serie 2 Mark.
Bei Besetzung von 55 Spieltischen Hauptpreise in Höhe von 75 Mk., 40 Mk. usw.
Für besonders gute Spielleistungen sind Sonderpreise ausgesetzt. — Bei 800 Points erhält der Spieler seinen Einsatz sofort zurück.

Arbeiter-Radfahrerverein Halle

Dienstag den 7. Februar abends 8 Uhr
im Gasthof „Zu den Drei Königen", Kl. Klausstraße 7

Narrenkränzchen

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

E. Degener, Swinemünde 15 Fischconservfabr. u. Fisch-Grß-Verid. Man prüfe **jede** Offerte **genau.**
Extra frische wirkl. schöne **Leckere Fische**
nur **direkt** v. d. Ostsee, d. Spottpreis v. **4½ M.** kost. zus.
„2 **sehr schön.** Rauchale. 1 Stck. ff. Lachs. ½ **Dos Ia** N Caviar.
1 Dos. ca **25—30** Ia Rolm. 1 Dos. **ff.** Bismher. 1 Ds. Ia Delfrd.
üb **100** best. Sardellher. 1 Dos. ff. **Delikateß** Anch. C.
1 Fischkochh. u. **100** echt Sprott." D. **Spottpreis** v. **3¼ M.** kost.
Zus.: **100** best. Sardellher. 1 Dos. Anchov C. 1 F. Kochh.
80 echte Sprott. 1 Stck. **ff.** Lachs. ca **100** ff. Anch. Fische. 1 Ds.
marin. F. Her. u. **1 echt.** Kielr. Rauchal. **Verpck. frei.**

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

1. **Katharina II. von Rußland.** Konfisziert gewesen.
2. **August der Starke, Kurfürst von Sachsen.** Konfisziert gewesen.
3. **Papst Alexander VI.**
4. **Karl Leopold von Mecklenburg.**
5. **Ludwig XIV. von Frankreich.**
6. **Philipp II. von Spanien.**
7. **Friedrich Wilhelm II. von Preußen.**
8. **Heinrich VIII. von England.**
9. **Elisabeth von Rußland.**
10. **Louis Philipp von Frankreich.**
11. **Papst Julius II.**
12. **Friedrich II. von Preußen.**
13. **Caligula.**
14. **Ludwig XV. von Frankreich.**
15. **Friedrich Wilhelm IV.**
16. **Iwan der Schreckliche von Rußland.**
17. **Jerome, König von Westfalen.**
18. **Isabella II. von Spanien.**
19. **Wilhelm II. von Hessen.**
20. **Nero.**
21. **Karl I. von England.**
22. **Karl Eugen von Württemberg.**
23. **Rudolf II., Kaiser von Deutschland.**
24. **Christian von Schweden.**
25. **Maria Theresia von Oesterreich.**
26. **Leopold II. von Belgien.**

Jedes Heft 20 Pf.
Auch gebunden in 5 Bänden à Band 1.50 M.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Allgemeine Länder- und Völkerkunde

verbunden mit **Handatlas.**
Preis 4 M.
Wem daran liegt, seine Kenntnisse auf allen Gebieten der Länder- und Völkerkunde zu ergänzen und zu bereichern, schaffe sich dies Werk an.

Weltschöpfung und Weltuntergang.

Populär dargestellt von **Oswald Köhler.**
Elegant gebunden 4.75 M. oder in 14 Lieferungen à 25 Pf.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,** Geiststr. 21.

Donnerstag den 9. Februar nachmittags 2 Uhr
gr. Pfänder-Auktion.
Emma Voitzsch
Zeitz, Ritterstr. 17.

Ganze Nachlasse in Möbeln, Betten, Wäsche sow. Kleidungsstück., Schuhwaren, Fahrräd. u. Nähm., Musikw. kauft **Renner, Schülershof 1.**

H. Seilert, Burgstr. 8 empfiehlt Waschgefäße. Reparaturen werden ausgeführt. Kein Laden.

Zu kaufen gesucht gutgehendes **Friseurgeschäft** m. großen Nebenräumen. Offerten u. B.w.8035 an Rudolf Mosse, Brüderstr.

Wohnungen zu vermieten
Merseburgerstr. 64
im Preise von 175 bis 425 Mark.
Näheres das. part. od. Dessauerstr. 2.

Als **tüchtige und perfekte**
Schneiderin
empfiehlt sich
Emma Schuhmann, Petersbergstr. 3 p.

Morgen Dienstag
Schlachtefest
Joh. Fischer, Gr. Gotenst. 7.

Möbel! Umzugshalber! Möbel! Trumeaux, Küch.-Buffet, Fahrrad spottb. zu verk. **Krausenstraße 18, H., I.**

Schuhmacher-Lehrling sucht unter günstigen Bedingungen (Familienanschluß) **Albin Burkhardt, Schuhmachermeister, Kretzschau bei Zeitz.**

Sube an einzelne Perj. zu verm. Monatl. 5.75 M. Steg 19 b. p. Näh. Unterplan 3 I.

Wir gratulieren unseren Freund **Alfred Schneider** in **Teuchern** zu seinem 17. Wiegenfeste und bringen ihm ein dreimal donnerndes Hoch. Ungenannt und doch bekannt. **A. F.** Es ist doch bloß wegen dem F.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meiner mir unvergeßlichen Frau,
Emma Leibe, geb. Hirsch,
sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten für die reichliche Blumenspende, der Kröllwitzer Liedertafel für den Gesang am Grabe, sowie auch den Frauen der Sänger meinen herzlichsten Dank. Dank auch dem Pastor Kuntz für seine trostreichen Worte am Grabe.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Franz Leibe nebst Kinder.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: M. Richards.
Dienstag den 7. Februar 1905.
141. Abonn.-Vorstell. 1. Viertel.
Beamtenkarten ungiltig.
Einmaliges Gastspiel von Ottilie Metzger.
Die Afrikanerin.
Große Oper in 4 Akten von Eugen Scribe, deutsch von Ferd. Gumbert.

Mittwoch den 8. Februar 1905:
142. Abonn.-Vorstell. 2. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Der Familientag.
Lustspiel in 3 Akten v. G. Kadelburg.
Hierauf:
Die Tante schläft.
Komische Oper in 1 Akt von Hector Cremieux.

Neues Theater, Halle a. S.

Direktion **E. M. Hauthner.**
Dienstag den 7. Februar. Anfang 8½:
Der Kilometerfresser.
Mittwoch **4 Uhr nachm.** Extra-Vorst.
60, 40, 20 Pf.: Jugend.
Abends 8½: **Traumulus.**

Walhalla-Theater.

Inhaber: **Otto Herrmann.**
Heute
Der Stern von Siam.
Beispielloser Erfolg dieser letzten Novität von Paul Lincke.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**
3 Gastspiele:
Lionel Strongfort
Mme. Carma
Die reizenden Liliputaner
Lilly und Max Walter.
Lilly 25 Jahre alt, Max 29 Jahre alt.
Außerdem: Die übrigen
7 Elite-Nummern
dieses
Sensations-Spielplans.
Trotz der enormen Kosten der Gastspiele:
Keine Preiserhöhung!
Um **gute Plätze** zu erlangen und den **Andrang** an den **Abendkassen** zu vermeiden, sei besonders auf den **Billettvorverkauf** im **Apollotheater, vorm. 10—1 und nachm. 5—7 Uhr,** aufmerksam gemacht.

Schwan

DR THOMPSON'S
TRADE-MARK SCHUTZ-MARKE
SEIFEN-PULVER
das beste Waschmittel der Welt
Zu haben in den meisten Geschäften.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 32. Halle a. S., Dienstag den 7. Februar 1905. 16. Jahrg.

Parteigenossen! Agitiert für das Volksblatt.

Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder

bei den hiesigen städtischen Mittel- und evangelischen Volksschulen findet statt am

Montag, den 13. Februar 1905, nachm. 2—5 Uhr,

ausgenommen die Schulen unter IIb und IV I, wo die Aufnahme am Dienstag, den 14. Februar 1905, nachmittags 2—5 Uhr stattfindet.

I. Knaben-Mittelschulen:

a) Knaben-Mittelschulen Charlottenstraße, Oleariusstraße, Torstraße:
Aufnahme-Zimmer: Knaben-Mittelschule Charlottenstr. 15, Zimmer Nr. 1.
Dieser Schulbezirk wird nach Norden — dem Bezirk der Knaben-Mittelschule Klosterstraße — abgegrenzt durch Mansfelder-, Talamt-, Rathaus-, Hagen- und Meckelstraße.

b) Knaben-Mittelschule Klosterstraße:
Aufnahme-Zimmer: Schulhaus Klosterstr. 9, Zimmer Nr. 40.
Dieser Schulbezirk wird abgegrenzt im Norden durch die Lafontainestraße, Wettinerplatz, Roon- und Kronprinzenstraße, im Süden durch die Mansfelder-, Talamt-, Rathaus-, Hagen- und Meckelstraße. Die genannten Grenzstraßen gehören noch zur Mittelschule in der Klosterstraße.

II. Mädchen-Mittelschulen:

a. Anmeldungen für den Bezirk der Schule in der Großen Steinstraße werden von Herrn Rektor Steger im Schulhause Große Steinstraße entgegengenommen.

b. Derselbe nimmt für dieses Jahr auch die Anmeldungen für den Südbezirk (Schule in der Torstraße) entgegen, und zwar am Dienstag, den 14. Februar, nachmittags von 2—5 Uhr im Schulhause an der Großen Steinstraße.

Neuanmeldungen von Schülerinnen für die Mittelschule in der Klosterstraße finden nicht mehr statt; die kleinen Mädchen sind entweder der Mittelschule in der Frieden- oder in der Großen Steinstraße zuzuführen. Die Grenze zwischen beiden Schulbezirken ist: Mühlweg, Fritz Reuterstr., Kaiserplatz.

Die neue Mittelschule an der Torstr. soll zu Michaelis d. J. bezogen werden.

III. Mittelschule für Knaben und Mädchen Friedenstraße 33.
Aufnahmezimmer: Schulhaus Friedenstraße 33, Zimmer Nr. 34 und 35.

IV. Evangelische Volksschulen:

a. Volksschule I u. II, Neue Promenade 13, Rektorat Beck.
Aufnahmezimmer: für Knaben Klassenzimmer 7, für Mädchen Klassenzimmer 3.

b. Volksschule III und IV, Hermannstraße 32, Rektorat Gräfe.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 29, für Mädchen Zimmer 32 } des Neubaues.

c. Volksschule V und VI, Taubenstraße 13, Rektorat Dr. Wohlrabe.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 3, für Mädchen Zimmer 9,

d. Volksschule VII und VIII, Lessingstraße 13, Rektorat Sommer.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 3, für Mädchen Zimmer 4.

e. Volksschule IX und X, Liebenauerstraße, Rektorat Schulze.
Aufnahmezimmer für Knaben obere Turnhalle, 1 Treppe, für Mädchen untere Turnhalle, Erdgeschoß.

f. Volksschule XI und XII, Böllbergerweg, Rektorat Müller.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 4, für Mädchen Zimmer 1 } im Erdgeschoß.

g. Volksschule XIII und XIV, Friesenstraße, Rektorat Pansegrau.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 1, für Mädchen Zimmer 1.

h. Volksschule XV und XVI, Dreyhauptstraße, Rektorat Penseler.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 3, für Mädchen Zimmer 5 } Erdgeschoß.

i. Knaben-Volksschule Halle-Giebichenstein, Rektorat Schneider.
Aufnahmezimmer im Schulhause Gr. Brunnenstr. 5.

k. Mädchen-Volksschule Halle-Giebichenstein, Rektorat Tietsch.
Aufnahmezimmer im Schulhause Friedenstraße 34.

l. Volksschule Halle-Trotha, Rektorat Tietsch.
Aufnahme am Dienstag, den 14. Februar 1905, nachmittags 2—5 Uhr im Schulhause Petersbergstraße 90.

m. Volksschule Halle-Kröllwitz, Rektorat Schneider.
Aufnahmezimmer im Schulhause Schulberg 19.

n. Volksschule XXIV, Huttenstraße 10, Rektorat Haase.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 2, für Mädchen Zimmer 3 } Erdgeschoß.

o. Volksschule XXV, Freiimfelderstraße, Rektorat Pansegrau.
Aufnahmezimmer für Knaben Zimmer 1, für Mädchen Zimmer 2.

*

Städtische katholische Volksschule.

Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder für die hiesige städtische katholische Volksschule findet in diesem Jahre am Montag, den 13. Februar 1905, nachmittags 2—5 Uhr in der katholischen Volksschule Oleariusstraße 7 im Amtszimmer des Herrn Rektors Spelt statt.

*

Schulpflichtig ist jedes Kind, welches bis zum 30. Juni 1905 sechs Jahre alt wird.

Kinder, welche dieses Alter nach dem 30. Juni 1905 erreichen, werden nicht in diesem, sondern erst im nächsten Jahre in die Schule aufgenommen.

Bei der Anmeldung sind vorzulegen: der Impfschein und der Taufschein; bei den ungetauften Kindern an Stelle des letzteren die Geburtsurkunde.

Im übrigen werden die zur Anmeldung Verpflichteten darauf noch besonders aufmerksam gemacht, daß diejenigen Kinder, deren rechtzeitige Anmeldung unterbleibt, der Schule zwangsweise zugeführt werden. Wenn die schulpflichtigen Kinder bei den betreffenden Herren Rektoren für Ostern ds. Js. bereits im voraus angemeldet worden sind, ist eine nochmalige Anmeldung an den oben bezeichneten Tagen nicht erforderlich. Anträge auf Zurückstellung schulpflichtiger Kinder vom Schulbesuche wegen Krankheit sind bei der Schuldeputation einzureichen.

Deutscher Reichstag.

163. Sitzung. Sonnabend, den 4. Febuar 1905, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrag Graf Hompesch (Zentr.) und Genossen betr. Garantie der **vollen Freiheit des religiösen Bekenntnisses** für jeden deutschen Reichsbürger (Toleranzantrag).

Abg. Dr. **Bachem** (Zentr.): Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht neu; er ist seinerzeit mit großer Mehrheit vom Hause angenommen worden; der Kompetenzeinwand des Reichskanzlers sind fast einstimmige Zurückweisung. — Redner klagt über die Leere der Bundesratsestrade und kritisiert die Hindernisse, die dem katholischen Kultus in Mecklenburg in den Weg gelegt werden (Staatssekretär Graf Posadowsky bestritt den Saal). Noch schlechter ist die Lage der Katholiken in Braunschweig, das eine Bevölkerung von 25 000 Katholiken hat. Dort gibt das Gesetz von 1902 dem Staat die absolute Gewalt über das Bekenntnis der Kinder aus gemischten Ehen. Lutherische Geistliche dürfen dort ohne weiteres die Kinder katholischer Eltern taufen (Hört, hört! i. Zentr.), allerdings ohne Einfluß auf die spätere Erziehung. Dagegen wurde ein katholischer Geistlicher, der an einem Kinde auf Wunsch des lutherischen Vaters die Nottaufe vollzog, zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. (Hört, hört! i. Zentr.) In anderen Kleinstaaten werden protestantischen Beamten mit katholischen Bräuten Heiratskonsens und Trauungsurlaub verweigert. (Hört, hört! i. Ztr.) Und in Sachsen genießt die katholische Kirche keine Gleichberechtigung, wenn auch bisweilen Härten vermieden werden.

Der Staat darf heute nicht mehr das Recht in Anspruch nehmen, ein bestimmtes religiöses Bekenntnis mit seinen Machtmitteln zu unterstützen. Er soll sich überhaupt des Eingriffs in das Glaubensleben enthalten. Wir verlangen für die katholische Kirche nur den Schutz, den die anderen Religionsgemeinschaften genießen. Nur eine völlige Gleichheit in der Freiheit kann zum religiösen Frieden führen. Das Prinzip der freien Religionsübung stammt vom Protestantismus; um so freudiger sollten die Protestanten unseren Antrag begrüßen. Wir wollen den Kampf der Geister, der notwendig ist, so lange Deutschland im Glauben gespalten ist, beredeln. (Bravo! i. Zentr.) Daß Mißstände auf dem Gebiete des Begräbniswesens bestehen, geben wir zu; die Regelung dieser Materie unterliegt jedoch der Landesgesetzgebung. Natürlich wollen wir die Konfessionalität unserer Friedhöfe gewahrt wissen.

Die Frage der politischen Toleranz darf nicht mit der der dogmatischen Toleranz verquickt werden. Eine dogmatische Toleranz können wir Katholiken, die wir nur eine objektive Wahrheit kennen, nicht gewähren. Auch Herr Stöcker erklärt ja, innerhalb der protestantischen Kirche der radikalen protestantischen Theologie keine Gleichberechtigung gewähren zu können. Wir bestreiten nicht, daß die, die anderer Ueberzeugung sind, subjektiv ehrlich sind; aber den objektiven Inhalt ihres Glaubens können wir nach unserer seit Jahrhunderten feststehenden Auffassung nur als Irrtum bezeichnen. Und ist es etwa religiöse Toleranz, wenn protestantische Geistliche den Papst als Antichrist, den katholischen Kultus als Götzendienst bezeichnen? (Hört, hört! i. Zentr.) Wir leugnen aber nicht, daß die religiöse, oder, wenn Sie wollen, die dogmatische Toleranz uns fremd ist. Was wir verlangen, das ist die politische Toleranz, d. h. die Freiheit für alle Bekenntnisse, ihren Meinungskampf ohne Einmischung des Staates auszufechten. — Wir beantragen, einer Kommission von 28 Mitgliedern unseren Antrag zu überweisen, den Reichstag und Regierung annehmen müssen, wenn anders sie aus Deutschland einen wirklichen Rechtsstaat machen wollen. (Lebh. Beifall i. Zentr.)

Abg. Dr. **Sattler** (natl.): Vor zehn Jahren — ich glaube wenigstens, es war vor 10 Jahren — hat sich im preußischen Abgeordnetenhause Herr Dr. Bachem — ja, ich glaube wenigstens, es war Dr. Bachem (Heiterkeit) — also damals hat sich Herr Dr. Bachem — so viel ich sehe, ist er noch im Saale (Große Heiterkeit) — ganz anders ausgesprochen. Auch wir verlangen, daß katholische Minoritäten die gleichen staatsbürgerlichen Rechte genießen; wir verlangen aber auch, daß andersgläubige Minderheiten, wie z. B. die Altkatoliken in Bayern, nicht von katholischen Mehrheiten unterdrückt werden.

Der Staat muß ein gewisses Aufsichtsrecht über die konfessionelle Gesinnung behalten, namentlich muß auf den Grenzgebieten in Schule, Ehe, Begräbnis die Hoheit des Staates bleiben. Die Grundtendenz Ihres Antrages aber ist, dies zu beseitigen. (Hört, hört! im Zentr.) Der Antrag sollte eigentlich statt Toleranzantrag heißen: Kampfantrag gegen die Staatshoheit über die kirchlichen Einrichtungen. Er ist ein alter Bekannter, aber kein guter Bekannter. (Heiterkeit.) Im Interesse des konfessionellen Friedens sind wir gegen den Gesetzentwurf, der außerdem einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten darstellt. (Beifall b. d. Natl.)

Dr. **David** (Soz.): Das Zentrum macht aus der Not eine Tugend; da es sich in der Minorität befindet, so verlangt es etwas, an dessen Verwirklichung die katholische Kirche, wo sie die Staatsmacht völlig in Händen hat, nicht denkt. Selbstverständlich mißbilligen wir alle Beschränkung der Ausübung des katholischen Kultus, da wir dem Staate prinzipiell jedes Recht, sich um Glaubenssachen zu bekümmern, absprechen. Wir werden wahrscheinlich trotz unseres diametral entgegengesetzten Standpunktes für den Antrag stimmen und uns in dieser Haltung auch nicht durch die ständigen Angriffe beirren lassen, die das Zentrum in Rede, Zeitung und Flugblättern gegen unsere angebliche Religionsfreiheit richtete. Diese Angriffe des Zentrums verstoßen gegen das Gebot: Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Wenn z. B. Abg. Bebel sich entschieden zum Atheismus bekennt, so ist das sein gutes persönliches Recht; er hat aber noch niemals verlangt, daß der Atheismus als Parteistandpunkt programmatisch festgelegt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wilhelm Liebknecht hat seinerzeit Erklärungen über diesen Punkt abgegeben, die an Deutlichkeit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassen: er hat nicht nur betont, daß Glauben und Denken frei, absolut frei sein müssen, sondern er hat auch erklärt, daß kein Sozialdemokrat seinen Mitmenschen wegen seiner religiösen Ueberzeugung verhöhnen dürfe (Hört, hört! b. den Sozialdemokraten). Die Verlogenheit der Flugblätter des katholischen Volksvereins, die den Sozialdemokraten den Wunsch nach kirchenfeindlichen Gesetzen unterschieben, wird am besten aus dem Dank ermessen, den der verstorbene Zentrumsführer Dr. Lieber den Sozialdemokraten dafür abstattete, daß sie stets für Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt haben, obwohl die Rückkehr der Jesuiten als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie empfohlen wurde (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). —

Der frühere Toleranzantrag des Zentrums ließ die Schulangelegenheiten beiseite. Der § 4 dieses Entwurfes verbürgt in keiner Weise den Eltern die Freiheit, ihren Kindern den Religionsunterricht in der von ihnen erwünschten Weise erteilen zu lassen, insbesondere was die Dissidenten betrifft (Sehr richtig! links). Der Grundgedanke des Antrages führt konsequenterweise zur paritätischen Schule; aber gerade diese will das Zentrum nicht. Mir liegt da eine bischöflich approbierte Flugschrift vor, die dem Staate unumwunden das Recht abspricht, dafür zu sorgen, daß die Kinder ein gewisses Maß von Kenntnissen erwerben. Es ist da von der „unerhört langen Dauer von acht Schuljahren" die Rede (Hört, hört! links). Neben anderen Liebenswürdigkeiten wird dem Staate „organisierter Kinderraub" vorgeworfen; die Eltern werden geradezu zur Gehorsamsverweigerung gegenüber der staatlichen Volksschule aufgefordert (Hört, hört! links).

Die reinliche Scheidung von Kirche und Staat liegt sowohl im Interesse des Staates wie der Kirche. Die heutige Verquickung von Staat und Kirche verdirbt das Christentum von Grund auf, verleiht ihm eine gewisse, seinem innersten Wesen widerstrebende militaristische Färbung. Und doch beweisen die Vorgänge im ostasiatischen Kriege, daß gute Soldaten nicht Christen zu sein brauchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch General Nogi sogar den Orden pour le merite bekommen! (Heiterkeit bei den Soz.) Und dabei hatten es die Japaner mit ganz besonders gläubigen Christen zu tun, mit den Russen, die mit Amuletten und Heiligenbildern wohl ausgerüstet waren. (Heiterkeit links.) Und die russische Kirche mit ihrer Sanktionierung des Massenmordes zeigt, wie tief die staatliche Verquickung eine Kirche korrumpiert. Ich hoffe, ein gewisses Verständnis für meine Auffassung in Zentrumskreisen zu finden! 1871 erklärte Windthorst, die kirchliche Entwickelung in Deutschland dringe auf eine Trennung von Staat und Kirche nach amerikanischem Muster. (Hört, hört! links.) Im Prinzip verwirft das Zentrum die Staatshoheit; in praxi öffnet der Antrag der Staatshoheit wieder Tür und Tor, indem er von § 9 ab von „anerkannten" Religionsgemeinschaften spricht. Wer aber erkennt die Religionsgemeinschaften an? Doch nur der Staat! Wenn wir Ihnen (zum Zentrum) einen guten Rat geben dürfen, so ziehen Sie den zweiten Teil Ihres Antrages ganz aus der Diskussion.

Seine Toleranz hat das Zentrum bewiesen, als es bei Gelegenheit der verflossenen Umsturz-Vorlage die öffentliche Leugnung des Daseins Gottes oder der Unsterblichkeit der Seele mit Gefängnis bestraft wissen wollte. (Hört, hört! links.) Im katholischen Arbeiter-Katechismus wird verlangt, daß der Staat die Bekreitung atheistischer Grundsätze bestrafe. Sie, Herr Dr. Bachem, proklamieren die dogmatische Intoleranz als Recht Ihrer Kirche; und die orthodoxen Protestanten, Juden, Mohammedaner nehmen dasselbe Recht in Anspruch, sind intolerant, wo sie die Macht haben. (Abg. Erzberger (Zentr.): Sie auch!) Die lutherische Kirche erklärt ihre subjektiven Anschauungen für objektive Wahrheiten, deren Ursprung aus höheren Erkenntnisquellen sie behauptet. An sich bedeuter das noch keine Intoleranz; diese aber wird dadurch erzeugt, daß starke Gefühlserregungen hinzutreten, die den Kindern anerzogen werden. Die Lehre, daß alle verdammt sind, die nicht den Glauben der Kirche teilen, muß zur Intoleranz führen. (Lachen und Lärm bei dem Abg. Erzberger.) Diese Quelle des Fanatismus fließt noch immer; sie tritt bei der geringsten Veranlassung in Beschimpfungen und Mißhandlungen der Andersgläubigen zu Tage. Was wollen dem gegenüber Toleranzanträge besagen? Auch wir fordern Toleranz für die Anhänger aller religiösen Bekenntnisse; wir fordern sie aber auch für die, die ihre Denkarbeit zur Leugnung Gottes nach den z. T. aus der kindlichen Phantasie des Judenvolkes stammenden traditionellen „Wahrheiten" der Kirche zwingt. Ich glaube, daß heute die edelsten Geister der Nation auf dem Standpunkte stehen, den der große Dichter, dessen Andenken wir in wenigen Monaten feiern werden, den Friedrich Schiller in die Verse kleidete:

„Welche Religion ich bekenne: keine von allen.
Die du mir nennst. Und warum keine? Aus Religion."

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß diese Auffassung im Laufe der Entwickelung die allgemeine werden wird. Und dieser höheren Toleranz kann es nur dienen, wenn die äußerlichen Schranken der Kultusausübung beseitigt werden. In diesem Sinne werden wir für den vorliegenden Antrag in seinen wesentlichen Punkten stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdem.)

*

Abg. **Henning** (kons.): Meine Fraktion ist mit wenigen Ausnahmen für den Antrag. Ganz beseitigen können wir die Intoleranz nur, wenn wir die Religion ganz beseitigen. (Sehr richtig! rechts.) Denn je religiöser jemand ist, desto mehr neigt er zur Intoleranz. Ich wünsche eine Zeit herbei, in der die beiden Konfessionen in Werken der Nächstenliebe und des praktischen Christentums mit einander wetteifern. (Bravo! rechts und Mitte.) Zugegeben ist, daß die Lage der katholischen Kirche in einigen Bundesstaaten unhaltbar ist. Der zweite Teil des Zentrumsantrages enthält eine schon vom Vorredner gerügte Inkonsequenz. Es ist nicht zu wünschen, daß der ganze konfessionelle Gegensatz hier im Reichstage aufgerollt wird, indem es doch schon jetzt nicht an Konfliktsstoffen fehlt. Wir können daher einer Kommissionsberatung nicht das Wort reden und hätten gewünscht, daß das Zentrum seinen Antrag auf Toleranz beschränkt und nur die Abstellung allgemein gerügter Mißstände gefordert hätte; dann hätten sich alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken auf diesen Antrag vereinigen können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (Freis. Vp.): Wir stehen dem ersten Teil des Antrags durchaus sympathisch gegenüber, zumal das Zentrum die Forderung auf Befreiung der Dissidentenkinder von Zwangsteilnahme der Religionsübung der anerkannten Gemeinschaften in seinen vorliegenden Antrag aufgenommen hat. Dagegen können wir den zweiten Teil des Antrags nicht annehmen, weil er ein Ausnahmerecht für die „anerkannten" Religionsgemeinschaften begründet. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig. (Lebh. Beif. b. d. Freis.)

Abg. Dr. **Stockmann** (Rpt.): Wir lehnen diesen Antrag ab, wie wir ihn vor vier Jahren abgelehnt haben. Die Erregung in den evangelischen Kreisen über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ist noch nicht geschwunden (Sehr richtig! rechts), und die Lage der katholischen Kirche in Deutschland rechtfertigt einen solchen Antrag durchaus nicht. An der Einweihung einer katholischen Kirche in Wismar haben sich die Spitzen der Behörden beteiligt und evangelische Gutsbesitzer haben große Summen dazu beigesteuert. Wir wünschen durchaus ein erträgliches Verhältnis zwischen beiden Konfessionen, aber wir bestreiten die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung auf kirchenrechtlichem Gebiet. Das Zentrum, das sonst so eifersüchtig über die Rechte der Einzelstaaten wacht, will hier die Zuständigkeit des Reichs außerordentlich erweitern. In weiten evangelischen Kreisen wird der Toleranzantrag lediglich als Versuch angesehen, die Machtstellung der katholischen Kirche auf Umwegen zu erweitern. Ich hoffe, daß die Regierung an ihrer Erklärung vom 5. Dezember 1900 festhalten und die Wünsche der offiziellen Vertretungen der evangelischen Kirche etwas mehr respektieren wird, als es durch Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes geschehen ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Stöcker** (wildkons.): Es wäre mein höchster Wunsch, wenn beide Kirchen vom Staate in keiner Weise mehr berührt würden, aber dazu wäre eine große vorbereitende Arbeit in den Einzelstaaten notwendig. Eine Resolution die die Einzelstaaten auffordert, in diesem Sinne zu wirken, hätte einen Sinn, eine gesetzgeberische Aktion des Reiches aber, wie sie hier gewünscht wird, halte ich für ganz zwecklos. Die Annahme des Antrages würde die Machtstellung der katholischen Kirche sehr vermehren, sie würde den konfessionellen Kampf nur verschärfen. Noch ist die Zeit für den Antrag nicht gekommen, denn noch äußert sich der Papst und die Spitzen der katholischen Kirche äußerst wegwerfend und unduldsam über die Reformation. Kurz, so entschieden wir für volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses sind, so wenig können wir in diesem Antrage einen Weg zu dem Ziele erblicken. (Bravo! rechts.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0005

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (3. Lesung des Nachtragsetats für Südwestafrika und Interpellation Ablaß (Freis. Volksp.) über die Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen.

Schluß 6¼ Uhr.

Der Krieg in Ostasien.

Ein klares Bild von der Bedeutung der Kämpfe in der Mandschurei während der letzten zwei Wochen kann man sich immer noch nicht machen, da die Berichterstattung von russischer wie von japanischer Seite sehr lückenhaft ist und man den Berichten englischer und amerikanischer Blätter sehr vorsichtig gegenüber treten muß. Man kann aber doch wohl annehmen, daß der Offensivversuch Kuropatkins wieder einmal gescheitert ist.

Die letzte Meldung vom Kriegsschauplatze aus dem japanischen Hauptquartier besagt:

Die russische Artillerie beschoß Donnerstag auf verschiedenen Punkten den japanischen rechten Flügel; sonst ist die Lage unverändert. In der Richtung auf das Zentrum griff eine Kompagnie Infanterie die japanischen Vorposten von der Mukden-Straße her an, eine andere Abteilung machte einen Angriff auf die Japaner bei Wonchiayuantzu; beide Angriffe wurden zurückgeschlagen. Nach dem linken Flügel hin griff der Feind, der aus zwei Brigaden bestand, seit dem Morgen des 2. Februar bei Liutiakou an, wurde jedoch schließlich nach Changtan hin zurückgeworfen. Die Verluste des Feindes werden auf 700 Mann geschätzt.

Soziales.

— **Achtstundentag für städtische Arbeiter.** In Offenbach beantragte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die im städtischen Kollegium die Mehrheit vertritt, daß die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter vom 1. April 1905 nicht länger als 9 Stunden, vom 1. April 1906 nicht länger als 8 Stunden betragen soll.

Parteinachrichten.

— **Ein Parteisekretär** wird für die Provinz Hessen-Nassau angestellt.

— **Eine Provinzial-Organisation** wollen sich die Parteigenossen in der Provinz Hannover geben.

— **Der Klassenkampf im Ruhrrevier.** Unter diesem Titel wird demnächst eine Broschüre im Vorwärts-Verlage erscheinen. Ihr Preis beträgt im Einzelverkauf 20 Pfg. Von der Agitations-Ausgabe, die nur an Vereine und Vertrauensleute geliefert wird, kosten 100 Exemplare M. 9.—, 500 Exemplare M. 40.— und 1000 Exemplare M. 75.—. Der Reinertrag dieser Broschüre wird den streikenden Bergarbeitern überwiesen.

— **Im Königreich Sachsen** sitzen nach den beendeten Gemeinderatswahlen 364 sozialdemokratische Vertreter in 207 Gemeindeverwaltungen. Im Jahre 1898 waren es 130 Vertreter in 83 Orten, 1900 waren es 279 Vertreter in 148 Orten.

— **Die sozialistische Partei** von Großbritannien lehnt es ab, an den Beratungen eines sozialistischen „nationalen Komitees" teilzunehmen, weil in demselben Personen vertreten sein würden, die in Wirklichkeit keine Sozialisten sind. Gemeint sind damit die Independent Labour Party, das Labour Representation Committee, die Sozialdemokratic Föderation und die Fabian Society. — Diese Organisationen wären auf den internationalen sozialistischen Kongressen als Beschützer des Kapitals aufgetreten, als Freunde der Kindersklaverei, als Werkzeuge der Reaktion und hätten, indem sie sich als Revolutionäre aufspielten, das Ideal des Sozialismus geschändet und Verwirrung in die Arbeiterkreise getragen.

— **Eine vollständige Niederlage** hat die sozialistische Partei bei den Gemeindewahlen in Mailand erlitten. Sie verlor sämtliche 6 Mandate. Auch in Genua ergaben die Wahlen eine Niederlage. Die Schuld daran wird der Tätigkeit der Reformisten gegeben, die sich mit Bürgerlichen verbündet haben, nicht aber mit der eigentlichen Parteiorganisation. Turati ist der Führer der Reformisten. Es wird sein Ausschluß aus der Kammerfraktion verlangt. — In Bologna und Imola errang die Partei ohne Bündnis 6 bezw. 4 Mandate.

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. In Elberfeld haben die Tischler den Neunstundentag errungen, bei entsprechender Erhöhung des jetzigen Lohnes. — Auf der Schiffsbauwerft in Stettin haben die Tischler wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Gefordert wird ein Stundenlohn von 38 Pf. und Abstellung arger Mißstände. Die Direktion bewilligte nur einen Stundenlohn von 35 Pf., bisher 34 Pf. Nur 2 von 43 Tischlern arbeiten weiter.

Militärsattler. Nach Kaiserslautern, wo die Militärsattler streiken, werden von auswärts Arbeitskräfte gesucht.

Metallarbeiter. In Nürnberg werden sämtliche Branchensektionen zu einer allgemeinen Verwaltungsstelle zusammengelegt. Ein von einer kombinierten Versammlung angenommenes Statut regelt die Unterstützungsfrage.

Den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder wird ein Sterbegeld gewährt, das auch ausbezahlt wird, wenn die Ehefrau oder der Ehemann eines Mitgliedes mit Tod abgeht und nach halbjähriger Mitgliedschaft 20, nach einjähriger 25 M. beträgt und jedes Jahr um 5 M. bis zum Höchstbetrage von 70 M. steigt. Den bisherigen Sektionen wird empfohlen, ihr Lokalvermögen der allgemeinen Verwaltungsstelle zur Bildung eines Lokalfonds zu überweisen, worüber erst noch Beschluß zu fassen ist.

Ausland.

Dänemark. In Kopenhagen haben heute die Herrenschneider die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer den Tarif verweigert haben. — Die 700 Zementarbeiter in den fünf dänischen Fabriken stehen vor einer Aussperrung, weil sie eine geringe Lohnerhöhung verlangen.

Italien. In Mailand findet im Juni ein internationaler Textilarbeiter-Kongreß statt.

Oestreich. Die Aussperrung der Wiener Tischler hat der Organisation derselben bisher zirka 150 000 Kronen (127 500 M.) gekostet. Die Aussperrung bedeutet insofern schon jetzt einen Erfolg der Arbeiter, als dieselbe der Organisation zahllose bisher Indifferente zugeführt hat.

Frankreich. Die Arbeiter der Edisonschen Elektrizitätswerke in Paris haben einen Aufruf an alle Pariser Elektriker gerichtet, damit sich diese mit ihnen solidarisch erklären. Wenn der Aufruf den erwarteten Erfolg nicht haben sollte, so wird der Ausstand der Edisonschen Arbeiter als geschieitert zu betrachten sein.

Belgien. Der Ausstand der Glasarbeiter in Charleroi, welcher bereits mehrere Monate dauert, geht seinem Ende entgegen. Es heißt, daß die Arbeiter beschlossen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am 10. Februar werden die ersten Hütten im Betrieb gesetzt werden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 3. Februar.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Fromme; Ankläger: Staatsanwalt Schlütter.

Verworfen wurde die Berufung des Bäckermeisters Louis Alex von hier, der, wie wir seinerzeit berichteten, am 29. Dezember vom hiesigen Schöffengericht wegen Körperverletzung zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. Der Angeklagte war mit einem Konkurrenten, dem Bäckermeister Stein, in Differenzen geraten, weil Steins Lehrling, Pfitzmann, ihm einen Kunden abgenommen hatte. Aus Aerger darüber lauerte Alex am Morgen des 7. November dem Lehrling in der Sagisdorferstraße auf, forderte von dem Jungen für 5 Pfennig Brötchen und versetzte diesem dabei zwei derbe Hiebe mit einem Stock. Der Lehrling erkannte in dem Täter den Alex. Letzterer bestritt aber, am betreffenden Morgen an jenem Platze, wo der Lehrling mißhandelt wurde, gewesen zu sein. Das Gericht schenkte den Angaben des Lehrlings Glauben und kam infolgedessen zur Verwerfung der Berufung.

Geständig waren die Arbeitsburschen Ernst Boost und Karl Stemmler, sowie der Hausdiener Arthur Brand, 15 bis 16 Jahre alt, am 23. Dezember dem Milchhändler Reimann hier, eine Büchse mit 101.50 Mk. Inhalt, ein Portemonnaie und einen goldenen Ring entwendet zu haben. Boost wußte, daß Reimann Geld hatte, und Brand veranlaßte den Einbruch durch ein Fenster. Stemmler erbrach eine Stubentür und die anderen kamen nach. Die erlangte Beute wurde geteilt. Boost und Stemmler wurden zu je 6 Wochen und Brand zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die 3 Angeklagten wurden aber aus der Haft entlassen.

Eines versuchten Diebstahls beschuldigt wurden die Kellner Friedrich Helm und Paul Reitinger von hier. Letzterer war längere Zeit bei dem Restaurateur Seelemeyer (Café Roland) Kellner gewesen und wußte, daß Seelemeyer in seiner Privatwohnung Geld aufbewahrte. Am Abend des 28. Dezember, zu einer Zeit, in der Seelemeyer gewöhnlich auszugehen pflegte, erschienen Helm und Reitinger mit falschen Schlüsseln und arbeiteten an des Restaurateurs Stubentür umher. Herr Seelemeyer, der zufällig in dem Zimmer weilte, setzte die elektrische Klingel in Bewegung und bewirkte die Festnahme der beiden Kellner. Helm wurde zu 6 Monaten, und Reitinger zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Halle und Saalkreis.

Halle, 6. Februar.

Die Arbeiterschaft und der Bergarbeiterstreik.

Halle.

Ueber 800 Mark haben die Gewerkschaften durch Bons in der ersten Woche der Ausgabe derselben aufgebracht. Ueber die zweite Woche liegt die Abrechnung noch nicht vor. Das Resultat wird sicherlich nicht viel von dem der ersten Woche abweichen.

Die Sattler bewilligten in ihrer letzten Vorstandssitzung für die Streikenden 12 M. Auch wurden bereits Bons in den Reihen der Kollegen umgesetzt.

Eine weitere Volks-Versammlung, die den Verlauf des Streiks erörtert und zugleich die blutige Tragödie in Rußland in den Bereich der Betrachtung zieht, findet am nächsten Donnerstag im Bellevue statt. Referent ist Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Eichhorn-Pforzheim.

Annaburg.

Auch hier rühren sich die Arbeiter und tragen ihr Scherflein zu dem großen Kampfe bei. Wie unter der Rubrik Quittungen für die ausständigen Bergarbeiter vermerkt ist, sind hier schon über 100 M. gesammelt worden. Mit Recht ersucht der Einsender der Quittung die Leser des Volksblattes — es sind in Annaburg leider nicht viel — in Arbeiterkreisen für Beschaffung von Mitteln Propaganda zu machen.

Haussegen-Schwindel.

Eine Epistel für die Dummen!

Die National-Zeitung schreibt: Kunstanstalt „Samarita" in Rixdorf bei Berlin. Der Kaufmann Voßkamp und dessen Ehefrau hatten sich am 7. v. M. vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin wegen wiederholten Betruges zu verantworten.

Die Angeklagten betrieben in Rixdorf ein umfangreiches Geschäft, das sich mit dem Vertrieb von „Haussegen" und der Vergrößerung von Photographien befaßte. Außer einem großen Personal in Rixdorf wurden ständig 200 bis 300 Reisende in ganz Deutschland beschäftigt. Das Deutsche Reich war in Provinzen eingeteilt, jede Provinz hatte einen Oberreisenden. Die Summe der eingehenden Postanweisungen betrug mitunter Tausende von Mark, der jährliche Umsatz über 400 000 Mark, die Unkosten für Personal etwa 80 000 Mk., und der jährliche Reingewinn etwa 45 000 Mk. Die Firma hieß: „Kunstanstalt Samarita".

Diesen hohen Umsatz und Gewinn sollen sich die Angeklagten, wie die Anklage behauptet, durch eine raffinierte Spekulation auf das Mitleid und die Mildtätigkeit des Publikums verschafft haben. Die Angeklagten erließen zu Hunderttausenden Prospekte folgenden Inhalts:

„Aufruf zur Unterstützung und Linderung der schweren Not armer verkrüppelter Kinder und Idioten." Die Kunstanstalt „Samarita" in Rixdorf habe es sich zur Aufgabe gemacht, arme, verkrüppelte Kinder zu unterstützen. Dieser hervorragende und ideale Zweck bestätige sich dadurch, daß zurzeit 10 Verkrüppelte und Idioten von der Anstalt jährlich 1200 Mk. Unterstützung in monatlichen Raten erhielten. Da sich aber, wie statistisch festgestellt sei, über 60 000 Krüppel in Deutschland befänden, so wäre die Anstalt mit Aufnahmegesuchen überflutet, und reichten die Mittel deshalb bei weitem nicht aus. Die Kunstanstalt „Samarita" wolle nun durch den Verkauf preiswerter Gegenstände ein Scherflein dazu beitragen, die Not der Kinder zu mildern.

In dieser Weise war der ganze Inhalt des Prospektes gehalten. Auf der Rückseite befanden sich die Abbildungen von 10 verkrüppelten Kindern, die angeblich durch das „Krüppelheim" Unterstützung fänden. Darunter befand sich ein Stempel, der einen einherschreitenden Christus darstellt, wie er eine Kinderschar segnet. Unterzeichnet war der Prospekt mit dem Namen des emeritierten Lehrers Correns. Dieser war von dem Angeklagten gebeten worden, seinen Namen bei dem Verkauf von Waren zu wohltätigem Zweck als Empfehlung benutzen zu dürfen. Gegen den Willen des Correns setzte der Angeklagte jedoch den Namen unter jene Prospekte, so daß diese den Anschein gewannen, als wenn ein emeritierter Lehrer mit dem Krüppelheim in naher Verbindung stehe.

Ein weiterer Trick, um dem ganzen Unternehmen den Anschein zu geben, als handle es sich um ein aus christlicher Nächstenliebe entstandenes wohltätiges Institut, das nur Edles im Sinne habe, war folgender: Die verschiedenen Reisenden erhielten Anweisung, möglichst in schwarzer Kleidung bei den Leuten vorzusprechen. In der Hand hielten sie ein gesangbuchähnliches, schwarz eingebundenes Heft, auf dessen Deckel sich ein großes goldenes Kreuz befand; eine Reisende trat sogar als fromme Schwester auf. Sämtliche Reisenden gaben die beweglichsten Geschichten von den martervollen Leiden armer Krüppel und Idioten zu hören. Es wurden nur die unteren Bevölkerungsschichten von den Reisenden aufgesucht; die einfachen Leute wurden durch die Schilderungen der Reisenden mitunter zu Tränen gerührt. Eine große Anzahl von Schreiben wurden an den Angeklagten gerichtet, in denen dem „Krüppelheim Samarita" in rührend-naivster Weise Anerkennung gezollt wurde.

Der Gerichtshof kam zu folgendem Urteil: Durch die Beweisaufnahme ist festgestellt worden, daß der Angeklagte Voßkamp durch jene Prospekte eine Täuschung des Publikums herbeigeführt und sich dadurch einen großen Absatz verschafft hat. Die Leute glaubten etwas ganz Besonderes, eine von Krüppeln angefertigte Arbeit zu kaufen, und zwar zu gutem Zweck, sie erhielten jedoch nur gewöhnliche Fabrikware, die überall billiger zu kaufen ist. Der Gerichtshof habe eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis für eine ausreichende Sühne erachtet. Die Strafe sei durch die Untersuchungshaft als verbüßt anzusehen. Die Ehefrau Voßkamp sei freigesprochen worden, da sie mit der eigentlichen Geschäftsführung nichts zu tun gehabt habe.

* **In der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins** wurden im Laufe des Monat Januar zurückgegeben 70 Bücher. Neu ausgeliehen wurden 87 Bücher. Davon waren Partei- und politische Schriften 26, wissenschaftliche Werke 81, und Unterhaltungsliteratur 80 Bände.

Neu angeschafft wurde: Neue Zeit, Jahrgang 1903/04. II. Band.

* **Die Gewerbegerichts-Beisitzer** halten am Mittwoch, den 8. Februar, im Weißen Roß ihre regelmäßige Monatssitzung ab. Hierzu sind auch die Beisitzer des Innungsschiedsgerichts eingeladen.

* **Im städtischen Museum, das** an Wochentagen von 11—1 und an Sonntagen von 11—2 Uhr unentgeldlich geöffnet ist, sind gegenwärtig neu ausgestellt eine größere Anzahl von Gemälden der verstorbenen Meister, Professor Edmund Kanoldt und Professor Karl Rettich in Karlsruhe. Ferner Gemälde von L. Naumann-Dresden, M. Hoenow-Berlin, Horst Hacker-München und R. Graßnickel-Eberswalde.

Auf kurze Zeit ausgestellt bleiben noch die Gemälde von H. Steen-Fissau, Jozi. Rummelspacher-Berlin, A. Lemmer-Karlsruhe, M. Obermüller-Karlsruhe und die interessante Gemälde-Kollektiv-Ausstellung von Karl Leipold.

* **Ueber gesundheitliches Kochen** spricht Montag, den 6. ds., in der Thalysia, Große Ulrichstraße 36, Herr Stermann. Eintritt frei.

* **Studentische „Harmlosigkeiten".** Heute morgen kurz vor 6 Uhr betraten vier jedenfalls angeheiterte Studenten die Volkskaffeehalle an der Neuen Promenade und trieben allerlei Allotria. Sie drehten das Gas aus und skandalierten längere Zeit. Erst als man drohte, sie durch die Polizei entfernen zu lassen, verließen sie den Raum. Auf der Straße bereiteten sie sich noch das Vergnügen, sich gegenseitig mit Maulschellen zu bombardieren.

* **Welt-Panorama,** Große Ulrichstraße 6, I. Vom Sonntag, den 5., bis Sonnabend, den 11. ds. Mts.: Unser schöner Harz, Nordhausen, Einweihungsfeier des Kyffhäuser-Denkmals, Stolberg, Bodetal, Wernigerode, Lauterberg, Okertal, Goslar. — Nächste Woche: Thüringen.

* **Kaiser-Panorama,** Leipzigerstraße 88, I. Vom 5. bis 11. ds. Mts.: Italien, Florenz, Siena, Livorno, Pisa, Lucca. — Nächste Woche: Das Salzkammergut.

* **Ueber die neue Postkarte,** deren Vorderseite für briefliche Mitteilungen benutzt werden darf, schreibt die halbamtliche Verkehrszeitung: Es handelt sich nur um ein versuchsweise gemachtes Zugeständnis, dessen dauernde Beibehaltung im wesentlichen davon abhängig sein wird, daß die Postverwaltung während der Versuchszeit keine allzu schlechten Erfahrungen damit macht. Die Freigabe der linken Hälfte der Vorderseite für Mitteilungen (vom 1. Februar ab) stellt das äußerste Maß des Entgegenkommens dar. Im Verkehrsinteresse empfiehlt es sich, den Strich dem linken Rande der Karte näher zu rücken, für die Adresse also einen größeren Raum, als für die Mitteilungen vorzusehen. Muster für Ansichtspostkarten mit Schreibraum auf der Vorderseite auszugeben, lag für die Postverwaltung keine Veranlassung vor, da jede vorschriftsmäßige Karte durch einfaches Ziehen eines senkrechten Striches hierfür eingerichtet werden kann. Insbesondere muß Wert darauf gelegt werden, daß die Ueberschrift „Postkarte" auf derselben Stelle der Vorderseite wie bei den amtlichen Formularen angebracht wird. Gegen eine gedruckte Bezeichnung der beiden Abteilungen der Vorderseite, etwa „Für briefliche Mitteilungen, jedoch nur im inneren deutschen Verkehr," und „Nur für die Adresse" dürfte nichts einzuwenden sein.

* **Das Neueste auf dem Gebiete der Ansichtskarten** sind musizierende, singende und sprechende Karten, die für Gramaphone verwendbar sind. Die Post hat diese illustrierte, mit einer äußerst dünnen und durchsichtigen Schallglocke versehe Karte für den Verkehr zugelassen.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Meyerbeers Afrikanerin geht Dienstag anläßlich des Gastspiels der Altistin Ottilie Metzger zum ersten Male in dieser Saison in Szene. Das Gastspiel des Ensembles vom kgl. Schauspielhaus in Berlin, welches eine Aufführung des Dramas König Oedipus von Sophokles bringt, findet am Montag, den 13. Februar, statt. Das gesamte Abonnement ist an diesem Abend aufgehoben Billettbestellungen nimmt die Theaterkasse entgegen.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Der Kilometerfresser wird in dieser Woche nur noch 2mal in Szene gehen, und zwar Dienstag sowie am Donnerstag. Mittwoch nachmittag 4 Uhr findet wiederum eine der beliebten Extra-Vorstellungen zu Einheitspreisen von 60, 40 und 20 Pf. statt, und zwar gelangt zur Aufführung Max Halbes Jugend. Mittwoch Traumulus. Das Gastspiel des Wiener Kaiser Jubiläum-Theaters findet bestimmt am Sonnabend statt und bringt Sven Langes neuestes Werk Ein Verbrecher.

* **Zoologischer Garten.** Mitten in die Kälte des Winters hinein ist bei dem zweiten isolierten Rhesusaffen-Pärchen ein Junges angekommen, das in normaler Weise Mutter der Mutter gepflegt wird, so daß man darauf rechnen darf, es wieder heranwachsen zu sehen, wie das vorige. Dieses wurde bekanntlich Anfang Oktober 1903 geboren, entwickelte sich sehr gut, starb aber im August des vorigen Jahres. Die von sachverständiger Seite ausgeführte Sektion ergab einen chronischen Magen- und Darmkatarrh, und es ist gar kein Zweifel, daß nur die unvernünftige Fütterung seitens des Publikums mit Schokolade und anderen Süßigkeiten und auch anderen unzuträglichen Dingen wie Würstchen mit Mostrich, Zigarrenkummel usw. diesen Katarrh verschuldet hat. Hoffentlich gelingt es der Mutter und dem Vater, das Junge vor allen diesen Guttaten zu bewahren, indem sie die für das Junge bestimmten Bissen zum Unwillen der Besucher für sich in Anspruch nehmen, wenn es auch zweifellos für ihr Wohlbefinden besser wäre, sich mit dem zu begnügen, was ihnen ihr Wärter darreicht.

* **Moment-Aufnahmen von Tieren.** In der letzten ordentlichen Sitzung des Tiergarten-Vereins, in der Herr Direktor Dr. Brandes über die für unsere biologische Anschauung große Bedeutung der Schillingschen Moment-Aufnahmen von Tieren in der ostafrikanischen Wildnis sprach, wurde einstimmig beschlossen, im Verein mit der Photographischen Gesellschaft am Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr in den Kaiserhöfen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0006

einen Projektionsvortrag dieser Aufnahmen zu veranstalten. Herr Schillings hat nämlich seine Bilder dem auch in Halle rühmlichst bekannten Dozenten der Humboldt-Akademie Herrn Jens Lützen zu diesem Zwecke anvertraut, und der Vortrag ist bereits in einer Reihe von Großstädten mit außerordentlichen Erfolgen gehalten worden. Daß die Aufnahmen, groß und farbig projiciert, jedermann ansprechen müssen, liegt auf der Hand, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich dabei entweder um höchst scheue oder sehr gefährliche Tiere der Wildnis handelt, die aus einer Entfernung von nur wenigen Metern auf die Platte fixiert sind.

Wörmlitz. Der Herr im Hause. In der Schmierölfabrik von **Huth & Richter** ist es am Sonnabend zu Differenzen zwischen der Firma und den organisierten Böttchern gekommen. Der Böttcher **Büchöl**, der seit über sieben Jahren in genannter Fabrik beschäftigt ist, erhielt vor 14 Tagen gekündigt und verließ am Sonnabend seine Arbeitsstätte. Gründe gab man ihm nicht an. Doch besteht unter den Arbeitern des betreffenden Etablissements die Ueberzeugung, daß diese Entlassung, zumal sich Büchöl nicht das Geringste zu schulden kommen ließ, ein kleiner Racheakt für die Durchdrückung der Lohnforderungen der Böttcher ist. Diese Lohnerhöhungen wurden im Sommer des verflossenen Jahres erzielt. Damals brauchte die Firma die Böttcher sehr notwendig. Die organisierten Kollegen Büchöls ließen natürlich ihren Kameraden nicht maßregeln und traten deshalb am Sonnabend in den Ausstand. Von sieben bei Huth u. Richter Beschäftigten haben vier die Arbeit verlassen. Die Unorganisierten haben leider nicht so viel kollegiales Interesse entwickelt, daß sie mitgegangen wären. Ein „Braver" hat sich ihnen heute noch zugesellt; es ist der Böttcher **Berger**, der früher auch organisiert war. Heute morgen suchte der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle der Böttcher, Genosse **Tietze**, in einer Unterredung mit Herrn **Richter** die Differenzen zu schlichten. Herr Richter berief sich erst auf die bekannte Unternehmerdevise: Ich bin Herr im Hause, erklärte dann, daß er Hetzer nicht gebrauchen könne, verweigerte aber die Wiedereinstellung des Büchöl. Die Unterredung war ergebnislos, obwohl Herr Richter zugab, daß er solche (tüchtige) Böttcher nicht gleich wieder erhalte. Es bleibt abzuwarten, ob Herr Richter sein Prinzip — **ich bin Herr im Hause — lange durchführen kann.**

Zöberitz. (Eig. Ber.) **Eine Ueberraschung.** Der pensionierte Weichensteller Franz **Fuhrmann** von hier war bis zum 1. Oktober v. J. im Eisenbahndienst und hatte bis dahin in einem der Eisenbahndirektion Halle gehörigen Petroleumkeller bei Stichelsdorf zu tun. Zu dem Keller, der in einem Brückenpfeiler angebracht war, besaß Fuhrmann einen Schlüssel, den er bei seiner Pensionierung nicht abgab. Am 19. Oktober öffnete er mit einem nachgemachten Schlüssel den Keller, trat ein und wurde von dem Weichensteller Goltz, der inzwischen verstorben ist, überrascht. Goltz hatte sich auf die Lauer gelegt, da zur Mittagszeit häufig Petroleum entwendet wurde. Fuhrmann hatte mehrere Flaschen bei sich. Wegen dieses Geschehnisses war Fuhrmann Freitag vor der Halleschen Strafkammer angeklagt. Er behauptet, der richtige Schlüssel sei ihm schon während seiner Dienstzeit abhanden gekommen, weshalb er sich habe von seinem Sohne, der Former ist, einen neuen Schlüssel anfertigen lassen. Später habe sich der Originalschlüssel gefunden, den er dann abgeliefert habe. Bei dem Räumen der Dienstwohnung sei dann auch der nachgemachte Schlüssel abhanden gekommen. Als er dann diesen wieder gefundenen Schlüssel mit einem anderen verwechselt hatte, wollte er ausprobieren, welcher der richtige Schlüssel war, und wurde dabei von Goltz überrascht, zum Keller hineingeschoben und eingeschlossen. Dann habe er den Schieber zurückgeschoben und sei entflohen. Die Flaschen habe er nur zufällig bei sich geführt. Das Gericht sprach Fuhrmann antragsgemäß frei, da nicht nachzuweisen war, ob Petroleum entwendet worden ist. Der Angeklagte sei bisher unbestraft, er habe dem Staat 35 Jahre gedient, und erhebliche Belastungsmomente lagen nicht vor, hieß es in der Urteilsbegründung.

Wettin. (Eig. Ber.) **Einbruch.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, in welcher die Mitglieder des hiesigen **Konsumvereins** fröhlich das Tanzbein schwangen, wurde in deren Verkaufslokal eingebrochen; die Diebe nahmen mehrere Waren mit, sowie angeblich 60 Mark bar. Da nächsten Sonntag die Dividende ausgezahlt wird, hatten es die Diebe wahrscheinlich darauf abgesehen.

Radewell. (Eig. Ber.) **In schlechte Vermögensverhältnisse** geraten waren der Maurer Franz **Greil** und dessen Ehefrau Wilhelmine **Greil**. Beide standen gestern vor der Strafkammer unter Anklage, weil sie sich im November vorigen Jahres eines Betrugs schuldig gemacht haben sollten. Sie entnahmen von der Gesellschaft Bürgerliches Brauhaus in Merseburg auf ihr Grundstück ein Darlehen von 500 Mk. und behaupteten, das Grundstück sei nur mit 20 000 Mark belastet, während es mit etwa 29 000 Mk. belastet war. Der Leiter der Gesellschaft Brauhaus bekundete, hätte er gewußt, daß 29 000 Mk. Hypotheken auf dem Grundstück eingetragen waren, dann hätte er Greils das Darlehen nicht gegeben. Das Grundstück kam in Subhastation und das Bürgerliche Brauhaus büßte die 500 Mk. ein. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Ehemann G. 50 Mk. Geldstrafe und gegen die Ehefrau, die vor 20 Jahren einmal vorbestraft ist, 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht legte auf die Vorstrafe der Frau kein Gewicht, verurteilte aber beide Angeklagte zu je 3 Wochen Gefängnis.

Aus den Nachbarkreisen.

Zur Schuhmacherbewegung in Weißenfels.

In den letzten Tagen wurde mit wenigen Ausnahmen in **fast allen Fabriken gekündigt.** Heute, Montag, erfolgt die Kündigung auch noch in den verbliebenen Fabriken.

Die **Lohnverträge** haben bis jetzt **acht bis zehn Fabrikanten acceptiert.** Bei M. **Seiler Söhne** hat bereits am Sonnabend wegen Maßregelung des Vertrauensmannes der Ausstand begonnen. Gestern hatten die nichtorganisierten Schuh- und Schäftefabrikanten eine Besprechung. Der Fabrikanten-Verein hat seine Mitglieder bei einer Konventionalstrafe von 600 M. verpflichtet, den Tarif der Arbeitnehmer abzulehnen.

Heute, Montag, abend findet eine **öffentliche Schuhmacher-Versammlung** statt.

Zeitz. (Eig. Ber.) **Die Polizeibehörde und der Storch!** Der Naturheilverein hatte zu Freitag abend nach dem Preußischen Hof eine Frauen-Versammlung einberufen, in der Fräulein Kube-Berlin über das Thema sprechen sollte: **Die künstliche Beschränkung eines allzu reichen Kindersegens bei kranken und geschwächten Frauen. Eine Forderung vom sozialen, moralischen und ärztlichen Standpunkte.** Welche Wichtigkeit die Frauen diesem Thema beigemessen hatten, das bewies der überaus zahlreiche Besuch. Der große Saal und die Galerien des Preußischen Hofs waren überfüllt, so daß viele nicht mehr einen Platz finden konnten. Und nicht nur Arbeiterfrauen, sondern auch Frauen aus anderen Kreisen waren gekommen, manche Mütter hatten ihre erwachsenen Töchter mitgebracht, in der Voraussicht, die letzteren möglichst vor dem Schaden zu bewahren, den sie als Mutter erfahren haben. Und daß in der Tat dieses Thema einer gründlichen Erörterung bedarf, daß die Frage des „Kindersegens" heute in den Vordergrund gerückt ist, trotz aller Ziererei und Prüderie, das steht außer Zweifel.

Die Beschränkung der Kinderzahl ist eine Frage der Menschlichkeit.

Wie unendlich viele Frauen leiden unter diesem „Segen". Sie werden körperlich und geistig hingeopfert durch die vielen Geburten und durch die Furcht vor der Empfängnis. Dazu kommen die unendlich vielen Unterleibskrankheiten, oft infolge der Entbindungen, die mancher Frau das weitere Leben zur Qual machen. Es ist geradezu grausam und barbarisch, daß in der heutigen Zeit dieser Frage nicht eine besonders große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Frau kann sich ihrer Menschenwürde gar nicht bewußt werden; in den jüngeren Jahren läßt ihr das Windelwaschen und Kinderwarten keine Zeit zur weiteren Ausbildung, und in späteren Jahren ist sie so verbraucht, daß sie sich nicht mehr erholen kann. Die Frage des „Kindersegens" muß also vom menschlichen Standpunkte aus ohne Scheu öffentlich verhandelt werden, damit die Mittel zur Verhütung desselben Allgemeingut werden. Und sind diese Mittel noch nicht absolut sicher, so werden die Fachmänner durch die öffentliche Behandlung der Frage veranlaßt, sich mehr damit zu beschäftigen. Die Angelegenheit ist brennend geworden, man darf an ihr nicht mehr vorbeigehen, wie eine schämige Jungfrau.

Die **Zeitzer Polizeibehörde** scheint aber nun einer anderen Ansicht zu sein. Vielleicht war ihr das Thema zu heikel, trotzdem es in einer Versammlung erörtert werden sollte, in der **nur** Frauen anwesend waren, vielleicht fürchtete sie auch, daß der Staat nicht mehr genug Soldaten bekäme, kurz — **sie verbot den Vortrag!** Ueber die künstliche Beschränkung des allzu reichen Kindersegens darf nicht gesprochen werden. Der Storch soll sein unumschränktes Recht behalten. Die Referentin, die nun ein anderes Thema vornahm, erklärte, daß sie in Berlin und anderen Städten unbeanstandet das angegebene Thema behandelt habe. Was also in Berlin und anderswo gestattet ist, ist in Zeitz verboten. Klein-Rußland.

Ob aber der Zweck, vor Frauen besagtes Thema nicht erörtern zu lassen, erreicht ist, ist doch noch sehr die Frage. Die Referentin bezeichnete schon eine Anzahl Bücher, aus denen die Frauen alles Wissenswerte erfahren können, und auch wir können ihnen verschiedene Bücher angeben, z. B. **Brubacher** „Kindersegen und kein Ende" und **Mack** „Gefahren der Mutterschaft", die in allen Volksbuchhandlungen zum Preise von 20 und 50 Pfg. käuflich sind. Verhindert die Polizeibehörde die öffentliche Behandlung der Frage — ob mit Recht, darüber werden sich hoffentlich die Veranstalter durch den Beschwerdeweg informieren — dann muß Mann und Frau die Bücher lesen, die darüber geschrieben werden. So sorgt die Behörde durch ihr Verbot für allerweiteste Verbreitung.

— **Bergmanns-Los!** Auf der **Grube** bei **Gladitz** wurde in vergangener Woche dem Bergmann Götze aus Gladitz beim Schieben der Huntewagen eine Hand gequetscht, so daß ein Finger abgenommen werden mußte. Der Verunglückte ist nach Halle ins Bergmannstrost geschafft worden, während zu Hause eine Frau und 7 Kinder in der größten Not leben. So sieht es bei den Bergleuten aus!

Naumburg. Ueber die auch ins Volksblatt übergegangene Meldung von der aus der Saale gezogenen Leiche der Frau Rechnungsrat S. schreibt jetzt das Kreisblatt: Die Leiche ist nicht aus der Saale herausgezogen, sondern in sitzender Stellung auf dem Eise gefunden worden. Die nach ärztlicher Feststellung Verunglückte ist vermutlich in der Erschöpfung einem der Fundstelle gegenüber sichtbar gewesenen Lichtscheine nachgegangen und hat in ihrer Befangenheit versucht, die gefrorene Saale zu überschreiten. An einer Stelle, wo sich Schneeeis befand, ist sie dann eingebrochen und, mit dem Ellenbogen in das Eis eingeklemmt, erstarrt. Der Teil des Körpers, der sich außerhalb befand, wurde daher vollständig trocken befunden.

Sangerhausen. Bezugnehmend auf den Bericht: Strafe muß sein! in Nr. 22 des Volksblattes, muß ich dem Einsender desselben die moralische Verantwortung über das in dem Bericht Angegebene überlassen. Bemerke diesem jedoch, daß ich meine Verhältnisse auch in der Oeffentlichkeit zu vertreten selbst in der Lage bin.

Wie weit meine Person indirekt zu der Kündigung mit Veranlassung gegeben haben kann, will ich hier nicht beurteilen, da mir die Sache sehr gleichgiltig ist. Von dem kleinlichen Krämerstandpunkte aus halte ich es sogar für selbstverständlich, und würde ich darüber kein Wort verloren haben, auch wenn ich den ausgesprochenen Grund zu der Kündigung gegeben hätte.

Und nun zur Erwiderung des Herrn B. Ickenberg in Nr. 25 dieses Blattes:

Ich kann Herrn J. verraten, daß ich von der Entlassung meiner Braut, unmittelbar nach dem Weihnachtsgeschäft, schon bei erfolgtem Engagement überzeugt war.

Herr J. engagiert jeden Herbst einige gute Kräfte, welche, sobald das Weihnachtsfest ins Land gegangen ist, den Staub seines Geschäfts von den Füßen schütteln müssen.

Wenn aber Herr J. als Grund für die Kündigung die Unfähigkeit meiner Braut für den Posten, den sie in seinem Geschäft ausführen sollte, angibt, so gestatte ich mir, doch höflichst anzufragen, ob die Unfähigkeit meiner Braut darin besteht, daß sie außer stande war, den von Herrn J. seinem Personal gegenüber angeschlagenen Ton mit demütigem Stillschweigen hinzunehmen?

Zu der Ansicht habe ich mich noch nicht aufzuschwingen vermocht, daß die „teuersten Kräfte", welche in solchen Geschäften in der Regel nach beendigter Saison entlassen werden, nicht im stande wären, ihren Posten auszuführen; es sei denn, daß sie dazu nicht kommen, wenn sich die Ladentürglocke zu wenig bemerkbar macht.

Kinscher.

Körbisdorf. (Eig. Ber.) **Vom Messer Gebrauch gemacht** hatte am Abend des 20. November der Dienstknecht Oskar **Just** von hier, als er mit dem Knecht Paul **Voigtmann** in Streit geraten war. Voigtmann stieß den Just mit dem Kopf gegen die Wand; Just zog das Messer und versetzte seinem Gegner damit einen Stich in den Rücken. Am Freitag standen die beiden Täter vor der Halleschen Strafkammer wegen Körperverletzung unter Anklage. Das Ergebnis war, daß Just zu 9 Monaten Gefängnis und Voigtmann zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde.

Zahna. (Eig. Ber.) **Leichenfund.** Am Donnerstag nachmittag fanden zwei Schulknaben, welche an der steinernen Brücke Schutt abluden, die Leiche eines neugebornen Kindes männlichen Geschlechts. Die Leiche war vielfach umwickelt und trug noch die Spuren der Entbindung; sie lag neben einem großen Topf mit Kartoffelschalen, in welchem wahrscheinlich die kleine Leiche nach dort getragen worden ist.

Schmiedeberg. Der Waldarbeiter Bräse **verunlückte** am Donnerstag beim Fällen eines Baumes. Er blieb auf der Stelle **tot** liegen und hinterläßt Frau mit drei unmündigen Kindern.

Wittenberg. Aus **Nahrungssorgen** brachte sich der frühere Restaurateur Baumann ums Leben. Er erhängte sich an einem Baume am Elbufer.

Stendal. **gustaf nagels liebesglück** scheint nicht von langer Dauer sein zu wollen. Es kommt die Kunde, daß er beabsichtigt, sich von seiner Meta „endgültig" scheiden zu lassen. Wie erinnerlich, ist die Naturehe schon einmal in die Brüche gegangen, vor Jahresfrist. Damals entzog sich die Gattin dem häuslichen Kreise und gab damit das Beispiel, daß auch die Liebe im Bademantel bedenklichen Schwankungen unterworfen ist. Sie kehrte aber reumütig zurück, legte alle Attribute der Kultur ab und versuchte, das Nagel'sche Paradies durch ihr stilles Walten wieder zu einem gemeinsamen zu machen. „gustaf" hat die Sache indessen wieder satt bekommen und begab sich zu einem hiesigen Rechtsanwalt, um die Scheidungsklage gegen Meta einzuleiten. Grund: „Eheirrung".

Provinzialtag der Vereinigung der Maler usw. für den Agitationsbezirk der Provinz Sachsen.

Um 11½ Uhr wird der Provinzialtag in dem Gasthof zu den drei Königen vom Obmann der Agitations-Kommission, Kollegen Amtage, mit der Begrüßung der erschienenen Delegierten eröffnet. 18 Städte gaben insgesamt 20 Delegierte entsandt. Auch die Halleschen Maler haben zahlreich den Provinzialtag besucht. Seitens des Hauptvorstandes ist der zweite Vorsitzende des Verbandes, Krüger-Hamburg, erschienen. Der Bericht der Agitations-Kommission wird vom Obmann gegeben. Hervorzuheben daraus ist, daß die Agitationsarbeit trotz aller Versuche doch nicht die Erfolge hatte, wie es vielleicht erwartet wurde. In den 30 dem Bezirk angeschlossenen Filialen und Zahlstellen sind insgesamt 2167 Maler, Lackierer, Anstreicher beschäftigt. Organisiert waren im Januar 1904 852, am 1. Juli 1127 und am 1. Januar 1905 1037 Kollegen.

Trotz aller ungünstigen Agitations-Bedingungen ist also eine erhebliche Zunahme der Organisierten zu verzeichnen. Immerhin ist aber noch ein großes Stück Arbeit zu leisten. Die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse in den einzelnen Orten sind folgende: 3 Städte 11stündige Arbeitszeit und 32—35 und 25 bis 45 Pf. pro Stunde Lohn, 8 Städte mit 10—11stündiger Arbeitszeit, 30, 35 und 40 Pf. pro Stunde Lohn, 15 Städte mit 10stündiger Arbeitszeit und 25, 40 und 45 Pf. Lohn, 2 Städte mit einer 9½stündigen Arbeitszeit und 40—45 und 55 Pf. Lohn.

Die Agitations-Kommission ist in ihrer Arbeit nicht immer genügend unterstützt worden. Lohn-Bewegungen haben in fast allen Städten im Laufe der letzten zwei Jahre stattgefunden, zwar nicht immer mit vollem Erfolg, aber doch sind dadurch die Kollegen lebhaft angeregt und die Organisation gestärkt worden. In der lebhaften, teilweise erregten Debatte werden mancherlei Wünsche geäußert. So wird darüber geklagt, daß die Agitationsarbeit seitens der einzelnen Filial-Leitungen vernachlässigt wird, die Haus-Agitation wird zu wenig gepflegt, und besonders wird die Heranbildung und Aufklärung der Jugend fast gar nicht oder doch wenig gefördert. Besonders in den großen Städten wird in der Schulung der Jugend zu wenig getan. Leider muß auch gesagt werden, daß die Maler sehr gern an Trinkgelagen teilnehmen, dadurch wird die Agitation sehr erschwert. Jedenfalls muß für die Folge die Agitation eifriger betrieben werden.

Von Magdeburg ist der Antrag gestellt, die Provinz in zwei Teile zu legen und für jeden so geschaffenen Bezirk einen Beamten anzustellen. Von Halle wird beantragt, Flugblätter für die Agitation herauszugeben. Obwohl der Antrag Magdeburg gut begründet wird, treten die Delegierten dem Antrag entgegen. Eine Beschlußfassung erfolgt jedoch nicht, da diese Materie auf der General-Versammlung erledigt wird.

Der Agitations-Kommission wird aufgegeben, intensiv für die Ausbreitung und Vertiefung der Organisation zu arbeiten und fortwährend den einzelnen Filial-Leitungen Anregungen zur guten Agitation zu geben. Befürwortet wird die **Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung**; bedauert wurde, daß die vor zwei Jahren erfolgte Urabstimmung die Ablehnung der Arbeitslosen-Unterstützung ergab. Jedenfalls dürfte die Wiederholung der Beratung und Abstimmung die Annahme dieser Unterstützung ergeben.

Die Regelung der Arbeitsvermittelung ist in den einzelnen Orten noch nicht gut, ungenügend aber ist die Arbeitsvermittlung nach außerhalb geregelt. Bekanntlich ist der Arbeitsnachweis, gut eingerichtet, eine vorzügliche Waffe der Arbeiter und ein gutes Agitationsmittel. Der Provinzialtag beschließt nach längerer sachlicher Aussprache auf Antrag Magdeburg, daß in allen dem Bezirk angeschlossenen Filialen und Zahlstellen eine Arbeitsvermittlung eingerichtet wird. Zum Regulativ für diese so geschaffenen Arbeitsnachweise liegen auch Formulare (Nachweisscheine) vor, auf welchen gleichzeitig tarifliche Forderungen enthalten sind, die als Grundlage für das Arbeitsverhältnis gelten sollen. Die auf Grund dieses Systems gemachten Erfahrungen sollen in späteren Beratungen ventiliert werden. Die Arbeitsvermittlung soll auch für Nichtorganisierte offen sein.

Der **Bauarbeiterschutz** und die **Berufskrankheiten** werden in einem längeren Referate behandelt. Es wird darauf hingewiesen, daß trotz aller Anregungen, die durch die Verbandsleitungen und die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz gegeben werden, noch nicht genügende Teilnahme von den Filialen gezeigt worden ist. Es wird den Filialen und Zahlstellen aufgegeben, die Frage des Bauarbeiterschutzes und die Ursachen der Berufskrankheiten zur Tagesordnung ihrer Versammlungen zu stellen und zu besprechen. Selbstverständlich müssen auch energische Bestrebungen einsetzen, um durch Erlaß von ausreichenden Schutzbestimmungen seitens der Kommunen die Arbeiter vor Gefahren auf der Arbeit zu sichern. Ganz besonders muß gegen die Verarbeitung der Bleiweißprodukte und die in neuerer Zeit eingeführten Ersatzmittel für Terpentin Front gemacht werden. Unablässig müsse allen Behörden, maßgebenden Kreisen und auch den Arbeiterkreisen durch statistisches Material gezeigt werden, welche schwere Folgen die Bleiweißverarbeitung der Menschheit bringt.

In der Debatte wurde von Dessau mitgeteilt, daß seitens der dortigen Behörde nicht so viel Gegnerschaft vorhanden ist, als wie beispielsweise in Halle. Während dort anerkannt wird, daß es sehr wohl möglich sei, mit Zinkweiß, Lithopone usw. dieselben Resultate zu erzielen, wie mit Bleiweiß, hat bekanntlich in Halle die Gesundheitskommission einen gegenteiligen Standpunkt eingenommen.

Die in einer Resolution zusammengefaßten Aufgaben werden einstimmig akzeptiert. — Im Verschiedenen wird der Sitz der Agitationskommission wieder in **Halle** belassen. Als Diäten für die Delegierten werden 5 Mk. bestimmt.

Gleichzeitig wird ein Antrag angenommen, nach welchem alljährlich ein Provinzialtag stattfinden soll. Nach Erledigung eines Antrages Zeitz, Agitationstouren betreffend, wird nach einem kurzen Schlußwort des Leiters der Provinzialtag dreiviertel 8 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch geschlossen.

H.

Stadt-Theater.

Don Carlos ging am Sonnabend als zweite Vorstellung im Schiller-Zyklus in Szene. Die Herren W. **Dohme** als Don Carlos und B. **Wenkhaus** als Marquis Posa spielten als Gäste auf Engagement. Sie hatten Rollen übernommen, in denen viele Künstler nach traditioneller Schablone arbeiten. Ob die Herren Götz und Kaufmann, zwei zweifellos tüchtige Künstler, die leider unsere Bühne verlassen, durch die beiden Gäste vollständig ersetzt werden, läßt sich nach dieser einen Probe nicht so ohne weiteres behaupten. Es muß anerkannt werden, daß sich die Künstler, die um die Gunst des Halleschen Theaterpublikums werben, große Mühe gaben, ihren Rollen gerecht zu werden. Und in vielen Szenen gelang dies auch, wenn auch manche Szenen, wie die, in der der junge Carlos vereint mit Posa sein Jahrhundert in die Schranken fordert, an sich schon zur Begeisterung hinreißen, so daß der hier gespendete Beifall mehr auf das Konto des Dichters zu setzen ist. In der wundervollen Szene, in der Posa dem König seine Wünsche vorträgt und Gedankenfreiheit fordert, setzte Herr **Wenkhaus** sein ganzes Können ein. Es ist schwer, bei derartigen Gastspielen auf Engagement den sich präsentierenden Künstlern gerecht zu werden. Es spielen dabei zuweilen Umstände eine Rolle, die den Künstler beeinflussen und ihn hindern, sein wahres Können zu zeigen. Nach dem einmaligen Auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0007

…bei beiden Künstler ein abschließendes Urteil abzugeben, ist daher nicht gut möglich.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 19. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Handelsverträge und Hilfsaktionen. — Klassenwirtschaft und Philosophie. Von A. Pannekoek (Leiden, Holland). — Nach dem ersten Akt. Von Rosa Luxemburg. — Die zivilisierte Welt und der Zar. Von K. Kautsky. — Theorien über den Mehrwert. I. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky. Von Heinrich Cunow. (Schluß.) — Zur Lage der Bäckereiarbeiter. Von Konrad Fink.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben die Nr. 3 des 15. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Revolution in Rußland. Von Rosa Luxemburg. — Vom Wert. II. Von Julian Borchardt. — Luise Michel. Von W. Holzamer-Paris. — Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Zeitschrift für die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. — Die Haltung der Frauen beim Bergarbeiterstreik. — Feuilleton: Die Schmerzensreichen. Von Ada Negri. (Gedicht.) — Im Armenhause. Von Ada Christen. (Schluß.) — Frauen-Beilage: Noch ist Kampfeszeit. Von Cäsar Flaischlen. (Gedicht.) — Unsere Gesundheit. 2. Ueber Ernährung. Von Dr. Adams Lehmann. — Kopf hoch! (Gedicht.) — Unser Schlafzimmer. Von e. th. — Einem Freunde. (Gedicht.) — Hygiene. Von Dr. Ch.

Kommunale Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber Dr. Albert Südekum. Berlin W. 15.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen dritten Nummer des fünften Jahrganges heben wir einen Artikel von Dr. Oskar Pfeiffer über Stadtverordneten-Mandat und Einführung. Eine wichtige Frage des Gemeindewahlrechts, hervor. Neben Abhandlungen über die Ergebnisse der Gemeindewahlen, eine Hilfsaktion für Arbeitslose, enthält die Nummer einen reichen Nachrichtenteil und einen juristischen Sprechsaal, in dem alle Fragen, die das Gemeindeleben betreffen, kostenlos beantwortet werden. Die Kommunale Praxis erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich 2 Mk. Probe-Nummern versendet franko und gratis der Verlag, Berlin W. 15.

Pädagogische Reform. Eine Vierteljahrsschrift, herausgegeben von der Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung und den Garanten der Pädagogischen Reform. Verlag der „Pädagogischen Reform“, Hamburg 19. (3 Mark jährlich, Einzelhefte 80 Pf.)

Das 4. Heft enthält folgende Beiträge: Ueber die Ausstattung der Schulbücher. Von Gustav Kühl. — Kunst für die Elementarklasse. Von H. Scharrelmann. — Individuelle Erziehung und die Mannheimer Schulbewegung. Von W. Paulsen. — Der Tanz. Von Elisabeth Toussaint. — Die Museen als Volksbildungsstätten. Von Ludwig Volkmann.

Mit dem Beginn dieses Jahres ist die Vierteljahrsausgabe der Pädagogischen Reform in den Verlag von B. G. Teubner in Leipzig übergegangen. Die Zeitschrift erscheint jetzt als Monatsschrift unter dem Titel Der Säemann. Die Wochenausgabe erscheint jetzt im 29. Jahrgange ganz wie bisher in Hamburg.

Dem Agrariertum, das in den nächsten Tagen wiederum mit lauten Drommetenstößen seine Jahresversammlung in Berlin abhalten wird, ist ein wesentlicher Teil der soeben erschienenen Nummer des **Wahren Jakob** gewidmet. Das vordere farbige Bild karikiert die Eröffnung der „Parade im Zirkus Busch“, während das rückseitige farbige Bild ein Ständchen der Bündler darstellt, das sie ihrem verehrten Reichskanzler Bülow darbringen. Zu erwähnen sind dann die Bilder „Der Junker in Berlin und daheim“, „Bauer und Gerichtsvollzieher“, die Gedichte „Buschiade“ von Erich Mühsam, „Absagebrief eines notleidenden Ostelbiers“, „Der sozialdemokratische Kalenderverteiler“, „Der frechste Junker“ und die Feuilletons „Der letzte Ritter“, „Die Ursachen der Landflucht“, „Die Verfassung des Deutschen Reiches“. Anderen Zeitereignissen (Revolution in Rußland, Bergarbeiterstreik) sind gewidmet die Textbeiträge „Der heilige Krieg“ von Klara Müller, „Zwei Könige“, „Die wundersame Errettung Berlins“, „Der Bettminister“, sowie die Illustrationen „Aus dem Streikgebiet“, „Der arme Erbe“, „Der Innungsvorstand Bretzelmüller“, „Pour le mérite“, „Noch glorreicher“ und „Echte Freundschaft“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Das Schulkind, von Dr. R. Silberstein, erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts als 6. Heft der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“. Der den Lesern aus Heft 2 dieser Bibliothek Das erste Lebensjahr schon bekannte Verfasser verfolgt im vorliegenden Heft die weitere Entwicklung des Kindes, insbesondere während der Schulzeit. Der Schularzt, seine Notwendigkeit und seine Aufgaben, die Gesundheitspflege in der Schule und im Hause, die Pflege der Sinnesorgane, Sprachgebrechen, Wirbelsäulen-Verkrümmungen und deren Verhütung kommen zur Erörterung, eingehend werden die ansteckenden Kinderkrankheiten und im Anschluß daran die Frage der Absonderung und Wiederzulassung erkrankter Schulkinder und der Desinfektion, sowie die Pocken-Impfung behandelt und zum Schluß der Hygiene des Geistes gedacht. Auch dieses Heft zeichnet sich durch leicht flüssige und flotte Darstellung und Hinweise auf die besonderen Verhältnisse in der arbeitenden Bevölkerung aus und wird überall da, wo es aufmerksam gelesen und seine Lehren befolgt werden, Aufklärung und Nutzen bringen. In den früheren Heften dieser Bibliothek wurden behandelt: 1. Heft: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen; 2. Heft: Das erste Lebensjahr; 3. Heft: Zur Gesundheitspflege des Nervensystems; 4. Heft: Der Achtstundentag, eine gesundheitliche Forderung; 5. Heft: Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Jedes Heft kostet 20 Pfennig und ist durch die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21, zu beziehen.

In der illustrierten Roman-Bibliothek **In Freien Stunden** wird jetzt ein Roman veröffentlicht, der den lebhaften Beifall der Parteigenossen, ihrer Frauen und der heranwachsenden Jugend finden dürfte. Im Banne der Versuchung, unter diesem Titel hat uns der Verfasser, Hektor Malot ein ergreifendes Bild gezeichnet von den Schicksalen eines jungen Mädchens, die im Kampfe gegen religiösen Fanatismus und Unduldsamkeit ein Dasein voll Furcht und Hoffnung führt. Es ist der Verzweiflungsschrei eines gequälten Frauenlebens, das nach Luft und Freiheit ringt. Neben diesem Hauptroman bringen die Hefte eine Novelle Die Mörderin, im kleinen Feuilleton außerdem kurze Skizzen und allerlei wissenswerte Notizen. Abonnenten auf die Zeitschrift können jederzeit eintreten. In jeder Woche erscheint ein Heft für 10 Pfennig, das von der Volksbuchhandlung, Geiststraße 21, geliefert wird.

Ein Hexenmandat, dem Original getreu nachgebildet, enthält das 42. Heft des Werkes Wider die Pfaffenherrschaft. Es ist das Hexenmandat, welches am 10. Juni 1627 vom Würzburger Bischof Philipp Adolf erlassen ist. Aus diesem historischen Dokument geht mit überzeugender Deutlichkeit hervor, daß das Pfaffentum die Mitschuld trägt an jene scheußlichen Hexenverfolgungen, die bis in die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts andauerten. In diesem Hefte schließt das Kapitel über die Hexenprozesse und beginnt das 23. Kapitel: Die Wurzeln des 30jährigen Krieges.

In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das für 20 Pfennig von der Volksbuchhandlung und jedem Kolporteur bezogen werden kann. Das Werk kann noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden.

Eingesandt.

Da in der letzten Kartellsitzung am Freitag beschlossen worden ist, die Angelegenheit der Gastwirtsgehilfen mit Herrn Brunnert „Bellevue“ unter sich zu regeln, hatten wir uns erlaubt, am Sonnabend morgen bei Herrn Brunnert vorzusprechen, um die Angelegenheit zu regeln. Jedoch ließ der Herr Brunnert durch den Hausdiener sagen, daß er für uns nicht zu sprechen wäre, was wir hiermit der Oeffentlichkeit unterbreiten mit dem Bemerken, daß organisierte Kellner zunächst im Bellevue nicht beschäftigt werden.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen,
Zahlstelle Halle.

Aus dem Reiche.

Dresden. Im Prozeß Hüttig wurde der Direktor der Aktiengesellschaft „Photographische Werke“, Karl Richard Hüttig, wegen Unterschlagung und Vergehen gegen § 372 H.-G.-B. zu vier Jahren Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe und dreijährigem Ehrverlust verurteilt. Ein Jahr wird auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Kassierer Knauthe wurde wegen Beihilfe zu 1000 Mk. Geldstrafe, die beiden übrigen Angeklagten zu Geldstrafen von 2000 resp 500 Mk. verurteilt.

Vermischtes.

* **Die Genickstarre in Oberschlesien.** Vom 19. November bis zum 4. Februar sind 16 Erwachsene und 72 Kinder an Genickstarre erkrankt; davon sind 8 Erwachsene und 44 Kinder gestorben. Ein Erwachsener und drei Kinder sind gesund geworden.

* **Fabrikbrand in Wien.** Die chemische Fabrik von Philipp Roeder ist infolge einer Benzinexplosion vollständig abgebrannt. Zwei Angestellte, sowie drei Feuerwehrleute haben bei dem Brande mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen. Der Schaden soll sich auf eine halbe Million Kronen belaufen.

Letzte Nachrichten.

Die Revolution in Rußland.

Paris, 6. Febr. Nach Meldung der Petit Parisien aus Petersburg sollen 2 Regimenter Reservisten in Peterhof gemeutert haben. Insgesamt 6000 Mann wurden interniert.

Warschau, 6. Febr. Unter der ländlichen Bevölkerung des Gouvernements Plozk macht sich eine starke sozialistische Gärung bemerkbar. Aus der Festung Nowogwrgiewsk wurden 6 Kompagnien Militär nach verschiedenen Gegenden entsandt. Die Zahl der Verhafteten in Warschau übersteigt **1000.**

Kattowitz, 6. Februar. In dem an der preußischen Grenze belegenen polnisch-russischen Streikgebiet ist die Lage äußerst gespannt. Die Forderungen der Ausständigen werden von den Unternehmern jedenfalls abgelehnt werden. Das jetzt in großer Stärke um Sosnowice versammelte Militär hat Ordre, so lange nicht anzugreifen, als es selbst nicht angegriffen wird. Die Ausständigen in Sosnowice versuchten gestern, den Hauptbahnhof der Warschau-Wiener Bahn zu stürmen und den Verkehr lahm zu legen, eine starke Abteilung Infanterie drängte sie indes zurück und zerstreute sie.

Budapest, 6. Februar. Die sozialistische Partei veranstaltete gestern eine große Massenversammlung, an der etwa 15 000 Personen teilnahmen. Die Versammlung protestierte gegen die Unabhängigkeitspartei, die die Bevölkerung getäuscht habe. Für die russischen Arbeiter wurde eine Sympathiekundgebung nebst Umzug veranstaltet.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Bochum, 6. Februar. In einer großen Versammlung der Streikenden erklärte Reichstagsabgeordneter Sachse, es sei unzutreffend, daß der Christliche Gewerkverein gewillt sei, den Streik zu beenden. In der gestrigen Konferenz der Siebenerkommission wurde beschlossen, die nach dem Notgesetz von den früheren 14 Forderungen verbliebenen 10 auf 4 Forderungen zu vermindern, mit denen die Kommission heute beim Bergbaulichen Verein vorstellig werden will. Falls diese auch sie ablehnt, wird man Donnerstag in einer Konferenz Fortsetzung des Streiks beantragen.

Essen, 6. Febr. Infolge Kohlenmangels hat die Aktiengesellschaft Phönix nunmehr auch den Arbeitern auf der Eisenhütte Berge gekündigt.

Mannheim, 6. Febr. Hier sind die Kohlenlader am Rheinhafen in den Streik getreten, um zu verhindern, daß Kohlen nach dem Ruhrgebiet gelangen. Die Zahl der Streikenden beträgt 800.

Charleroi, 6. Febr. Eine Versammlung der Bergarbeiter, die gestern abgehalten wurde, beschloß, heute in den Ausstand zu treten.

Prag, 6. Febr. Hier fordern Plakate die Bergarbeiter zum Streik auf, sowie zur Unterstützung der Genossen im Ruhrrevier dadurch, daß keine böhmische Braunkohle auf den deutschen Markt kommt.

Kattowitz, 6. Februar. Auf der Königin Luisen-Hütte sind 84 Proz. der Belegschaft eingefahren. Man hofft, daß in den nächsten Tagen die gesamte Belegschaft anfahren werde. Auf der Hedwig-Wunsch-Grube feiern von 800 Mann 128. Eine Ausbreitung des Streiks in Oberschlesien gilt zurzeit als unwahrscheinlich.

Krieg in Ostasien.

Paris, 6. Februar. Wie das Journal aus Petersburg berichtet, ist die Abberufung Kuropatkins im Prinzip beschlossen. Sie soll aus Gesundheitsrücksichten erfolgen, da der General an Blutandrang nach dem Kopfe leidet.

Das Echo de Paris berichtet: Unter den zahlreichen, über den Konflikt zwischen Kuropatkin und Griepenberg hier umlaufenden Gerüchten ist eines besonders hervorzuheben, wonach General Griepenberg in einem Telegramm an den Generalsstab mitgeteilt haben soll, daß er mehrmals Gefechtsstellung eingenommen hatte, von Kuropatkin aber nicht rechtzeitig unterstützt worden sei, so daß er zurückgehen mußte, wobei er 10 000 Mann verlor.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 3. Februar.

Aufgeboten: Glaser Richter u. Marie Misiaczyck (Parkstr. 14 und Lilienstr. 5). Lehrer Aulig u. Hedwig Petersohn (Staßfurt u. Brettin). Kaufmann Riese u. Margarete Hecklau (Teutschenthal u. Salzmünde). Schuhmacher Starke u. Minna Wezel (Wallhausen). Steindrucker Dittmar u. Minna Schmidt (Leipzig).

Eheschließung: Bäcker Roth u. Berta Lindner (Mühlberg 4 und Gr. Schloßgasse 1).

Geboren: Kassierer Gallitz S. (Bernhardystr. 12). Arbeiter Kitzlat T. (Klinik). Buchbinder Wacker S. (Leipzigerstr. 64). Arbeiter Müller S. (Merseburgerstr. 150). Eisendreher Reichmann S. (Glauchaerstr. 40). Kaufmann Engel T. (Niemeyerstraße 18).

Gestorben: Arbeiters Meißner S., 1 J. (Kl. Ulrichstr. 5). Oberschweizers Arend T., 4 Mon. (Delitzscherstr. 11). Invaliden Kloß Ehefr., 64 J. (Hirtenstr. 12). Wtw. Wetzig, 70 J. (Bergmannstrost).

Für die streikenden Bergarbeiter:

Halle a. S. Einige arbeitslose Glaser durch Döring —.65, Steinarbeiter-Verband in Nebra 10.—, Fabrikarbeiter-Verband Lützen 1. Rate 10.—, Extrasteuer des Bildhauer-Verbandes 2. Rate 18.75, Milchhändler Bansemer 1.—, gemütliche Hochzeit in Lettin 5.60, einer, der 11 Wochen krank ist 2.—, Arbeiter der Eberhardtschen Maschinenfabrik 7.75, Gesellenverein Mücheln 10.—, gesammelt durch Blechschmidt in der Maschinen- u. Feilen-Fabrik in Ammendorf 19.06, Arbeiter-Bildungsverein Kröllwitz 40.— Mk. M. Güldenberg.

Auf Listen gingen ein: Nr. 7 5.20, 9 2.10, 12 10.20, 13 2.40, 16 2.05, 27 6.35, 34 3.65, 41 u. 42 leer, 46 5.50, 49 36.35, 53 5.00, 110 3.45, 118 23.60, 166 2.00, 178 2.00, 188 7.00, 226 3.60, 258 4.45, 261 10.00, 277 4.60, 278 6.50, 281 14.00, 283 14.00, 285 5.50, 289 2.40, 290 1.80, 329, 330 u. 331 durch Griese-Landsberg 6.40, 2.50 u. 3.35, 334 durch Ernst-Beesenlaublingen 4.60, 346 10.40, 348 5.65, 356 0.60, 358 6.75, 359 12.50, 373 13.59, 372 1.85 und 398 4.90 Mark. Insgesamt 2089.58 Mark. G. Gerig.

Zeitz. Liste 86 1.—, 28 von Kesselschmieden bei Schumann 6.20, 68 7.95, in Wagners Kunstmuseum gesammelt 3.23. von einem Abgereisten 0.20, 107 von R. Köhler 13.50, 119 8.50, 121 vom Narrenabend des Gesangvereins Liederkranz 8.85, Kummersche Arbeiter durch Hübner 3.55, 106 5.30, 43 3.25, 57 von Lederarbeitern 4.—, 61 4.70, 29 von Metallarbeitern der E. b. H. 8.05, 27 Firma Gebr. Pfeifer 6.50, 20 von Metallarbeitern der Z. E. 16.70, 21 von Metallarbeitern der Z. E. 9.15, 16 von Metallarbeitern der Z. E. 11.94, 112 Firma Kneisel 8.65, 117 von Tischlern und Drechslern bei Dinger u. Söhne 2. Rate 10.65, 123 von Tabakarbeitern 13.96, 93 durch Wundrack 12.30. Insgesamt 1177.91 Mk. Otto Schneider, Kartellkassierer.

Lager III 1.—, Buchbinder, Extratour im Kaiser 4.20, Agitationsblätter von Vivisektion 4.50, Bäckermeister B., Zeitz, 5.—, 2. Rate „Es werde Licht“ 22.20, von einem Bergarbeiter durch Walther 1.—, von Arbeitern der Firma Steudel 3.40, Lederarbeiter 2. Rate 10.— Mk. Ernst Klix, Hauptkassierer.

Gelder auf Listen für die streikenden Ruhrbergarbeiter gingen bei mir ein: von Gabler-Streckau Liste Nr. 11 26.28, 12 17.25, 15 0.50, 16 30.64, 2161 8.20, 2162 16.80, 2164 7.00 Mark; von Schlegel-Gröben Liste Nr. 20 18.05 Mk.; von Gehrhardt-Zeitz Liste Nr. 1152 33.75, 1153 28.70, 1154 20.05, 1155 8.85 Mk.; von Frey-Kretschau Liste Nr. 6 15.00, 2203 15.00, 2204 9.65 Mk.; von Kruppa-Werschen Liste 4 23.80, 2216 7.50, 2218 11.10 Mk.; von Freyer-Bröditz Liste Nr. 2171 8.40, 2173 9.40 Mk.; von Holstein-Döbris Liste Nr. 5 12.70 Mk.; von Friedemann-Theißen Liste Nr. 7 4.35, außerdem 5.95 Mark; von Klingner-Trebnitz Liste 2229 19.44, 2230 13.30 Mark. Außerdem gesammelt am gemütlichen Biertisch bei Herzog in Luckenau 3.85 Mk.; von Pietsch-Meuselwitz Liste Nr. 1 19.65, 7 27.00, 21 15.30 Mark. Außer den schon von Teuchern quittierten Listen noch 26.41 Mk. Im ganzen gingen bis jetzt bei mir ein 684.02 Mk. Nik. Dölle, Zeitz.

Lissen-Osterfeld. Liste Nr. 1 31.20, 2 1.45, 3 5.50, 4 7.10, 4353 21.16 Mk. Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Lissen-Osterfeld, aus der Lokalkasse bewilligt 25 Mk. Die Mitglieder obengenannter Filiale steuern jede Woche 50 Pf. für die Bergarbeiter extra. K.

Sangerhausen. Bis jetzt gesammelt 204.75 Mk. Durch Schneider Kroll gesammelt 9.70, Maschinenfabrik (Schlosserei) 14.00, Maschinenfabrik (Dreherei) 13.25, Schuhfabrik Zipse 11.65, durch Vollrath, Zimmerer, gesammelt 12.35, in Roßleben gesammelt 7.00, durch Tischler Göbser erhalten 1.00, so erhalten 0.20 Mk. Summa 273.90 Mk. Die noch außenstehenden Listen bitten wir so bald wie möglich abzuliefern. Gewerkschaftskartell. Karl Löffler, Kassierer.

Eisleben. Aus Teutschenthal 31.35, Stedten 13.85, Ober-Röblingen 18.15, Stadt Mansfeld 9.50, Eisleben 32.85 Mark. Summa 105.70 Mk. Im Ganzen 210.10 Mk. Joh. Stelzer.

Ersuche sämtliche Listen- und Boninhaber, jede Woche abzurechnen. D. O.

Delitzsch. Für die streikenden Bergarbeiter gingen folgende Beiträge ein: Gesangverein Vorwärts 10, Gewerkschaftskartell 20, von den Genossen Pöschel 6, Hänel 1.20, Wüstner 3, Maier 3.80 gesammelt, Schuhfabrik 15.35, W. Zänker, Weintraube, gesammelt 2.44, Verband der Maler 10, bereits quittiert 70, Summa 141.79 Mk. L. Biedermann.

Annaburg. Es wurden von den Arbeitern der Steingutfabrik als 1. Rate 43.— M., als 2. Rate 29.70 M., als 3. Rate 29.25 M. gesammelt, in Summa 101.95 M.

Die Verwaltung des Porzellanarbeiterverbandes.

Torgau-Liebenwerda. Von Kühme, Mühlberg, 3.20, von Elsterwerda 20.70, von Seelisch, Bockwitz, 80, von Rühlemann, Torgau, 36.35 M. Auf Liste 6 11.10, 10 3.20, 7 5.05 1 5 M. Gesangverein 7 M. Maurer-Verband 5 M. Bisher insgesamt 339.25 M. Wendt, Kreis-Kassierer.

An die Mitglieder der Gemeinschaftlichen Ortskrankenkasse.

Heute, Montag, den **6.** Februar, finden abends Punkt 1/29 Uhr im Konzerthaus die Vertreterwahlen zu obiger Kasse statt. Ein Teil der Vertreter wird betriebsweise gewählt; es können nur die in diesem Betriebe Beschäftigten wählen, sowie gewählt werden. Die in Betracht kommenden Betriebe stellen 16 Vertreter sowie Stellvertreter. Sodann haben die übrigen Mitglieder anderer Betriebe, sowie auch die freiwilligen Mitglieder gemeinschaftlich 14 Vertreter sowie Stellvertreter zu wählen. Zu letzterer Wahl dürfen diejenigen Mitglieder, welche betriebsweise gewählt haben, nicht mit wählen, auch können Betriebe, welche das Recht haben, Vertreter zu wählen, und von welchen niemand anwesend ist, nicht mit wählen; die fehlenden Vertreter werden mit auf der gemeinschaftlichen Liste gewählt. Es ist nun Pflicht der organisierten Arbeiter, dafür Sorge zu tragen, daß die Liste, welche bei der stattgefundenen und wieder aufgelösten Generalversammlung aufgestellt war und mit einer kleinen Aenderung wieder zum Vorschlag gebracht wird, durchkommt. Da allem Anscheine nach eine gegnerische Liste aufgestellt wird, so ist starker Besuch von seiten der organisierten Arbeiter unbedingt notwendig. Auch möchten wir die Betriebe, welche das Recht haben, betriebsweise zu wählen, auffordern, nur tüchtige Vertreter zu wählen, welche im stande sind, die Interessen der Versicherten so zu vertreten, wie es Pflicht eines jeden Arbeiters ist.

Darum nochmals: Auf zur Wahl heute abend!

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050207-10/fragment/page=0008